

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgen- und Abendausgabe...

Die abgegebene Kontraktzeile über deren Raum kostet 10.- Mk. einschließlich...

Freiheit Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die festgefahrene Getreideumlage

Alle Anträge abgelehnt — Zentrum und Demokraten kneifen

Die Beratungen über die Getreideumlage, die im Volkswirtschaftlichen Ausschuss am Mittwoch begonnen hatten, sind bis zum Freitag noch nicht einen Schritt vorwärts gekommen...

Die Beratungen über die Getreideumlage, die im Volkswirtschaftlichen Ausschuss am Mittwoch begonnen hatten, sind bis zum Freitag noch nicht einen Schritt vorwärts gekommen...

Die Brutalität der Agrarier, die die Brotverderber und den Brotwucher bemüht herbeiführen wollen, unterstützt vom Zentrum und den Demokraten...

Sowohl die Vertreter der Unabhängigen als auch der rechtssozialistischen Partei hatten bereits vor der Wahl-

Ein Wendepunkt in der Beamtenbewegung

Von E. Aufhäuser

In der Vorkriegszeit waren die Beamten die Diener der jeweiligen Fürsten. Die konservative Staatsauffassung, wonach einzelne durch ihre Abstammung zum Herrschen berufene Personen das übrige zum Dienen bestimmte Volk regieren, war den Beamten in Fleisch und Blut übergegangen...

Die ersten Anläufe, um auch für die Eisenbahnbeamten und Angestellten ein Koalitionsrecht zu gewährleisten, wurden bereits im Keime erstickt. Immerhin versuchte auch schon damals eine kleine, aber scharfe Gruppe von Eisenbahntechnikern ihr Menschenrecht, selbst über die eigene Arbeitskraft zu verfügen...

Erst nach dem Ausbruch der Revolution im November 1918 wurden auch die Beamten als Arbeitnehmer frei und es war nur natürlich, wenn sie damals auch sofort und unwillkürlich die Fühlung mit den Arbeitern und Angestellten suchten...

Die organisatorische Auswirkung jener Vorgänge in der Beamtenbewegung war die Gründung des „Deutschen Beamtenbundes“. Er hätte es in der Hand gehabt, dem teilweise noch unbewussten und doch berechtigten Sehnen, Fühlen und Taten weiter Beamtenfreie feste Form und gewerkschaftlichen Inhalt zu geben...

Es folgten dann für die Beamten Enttäuschungen auf Enttäuschungen. Die freibeitlichen Elemente wurden unterdrückt, die alte Bürokratie erneut in den Sattel gehoben. Das Koalitionsrecht, das sich die Beamten im November 1918 selbst erkämpft hatten, wurde vom Beamtenbund preisgegeben...

Gegen den Hermes-Ausschuss

Eine bürgerliche Korrespondenz beschäftigt sich kritisch mit der Behandlung der Hermes-Affäre durch den Untersuchungsausschuss des Reichstags...

Dieser Satz klist sich, als wenn hier ein Wissender auf den Busch klopfte. Es heißt in dem Artikel weiter:

Die Heimesaffäre des Ministers Hermes bewegt sich nicht auf politischem Gebiete im engeren Sinne. Der von den Anklägern des Ministers behauptete Sachverhalt deutet sich mit dem Tatbestande des § 331 bzw. 332 des Reichsstrafgesetzbuchs. Zur Untersuchung und Aburteilung solcher Verwendlichkeiten sind nach Reichsrecht der Staatsanwalt und die ordentlichen Gerichte bestellt. Der Reichstag hätte demnach zunächst auf schnelle gerichtliche Klarstellung der gegen Hermes erhobenen Vorwürfe dringen sollen...

Es ist bemerkenswert daß man jetzt auch bereits bürgerlicherseits für merkwürdig erklärt, daß der Untersuchungsausschuss offenbar vor dem Gerichtsverfahren gegen die „Freiheit“ seinerseits mit einem Urteil herauströmen will.

Die Hermes-Akten

Rechtsgutachten des Geschäftsordnungsausschusses des Reichstags

Die heutige Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses behandelte den Antrag des Reichsministers des Innern für den Prozeß gegen die „Freiheit“, die Akten des Falles Hermes dem Generalkaassanwalt beim Landgericht I auszuliefern. Der Ausschussberichtshatter, Abg. Brodau (Dem.), erklärte, daß nach seiner Auffassung der Reichstag nicht verpflichtet sei dem Gericht die Akten auszuliefern, da er keine Behörde sei...

Reichstag keine Behörde sei und infolgedessen keinen Anspruch auf Geltendmachung des § 96 der Strafprozessordnung habe, der den Behörden die Verweigerung von Akten ermöglicht. Der genannte Paragraph könne auf den Reichstag keine Anwendung finden, auch könne die Immunität, die die einzelnen Abgeordneten genießen, keinesfalls auf den Reichstag in seiner Gesamtheit angewendet werden...

Es wurde beschlossen, dem Kellereenausschuss ein Mehrheits- und ein Minderheits-Gutachten zu erlassen. Das Mehrheits-Gutachten (8 Stimmen) wird im Sinne des Abg. Brodau, das Minderheits-Gutachten (drei MSP-Stimmen die SPD, übrige Stimmenentshaltung) im Sinne des Abg. Dr. Levi abgefaßt. Heute wird der Kellereenausschuss zu der Sache Stellung nehmen, die endgültige Entscheidung steht beim Präsidenten des Reichstages, der ihn allein nach außen hin vertritt.

Die bolschewistische Justizschmach

Eigenbericht der „Freiheit“

(Verspätet eingetroffen.) Riga, 21. Juni.

An die Zweite Internationale und die Wiener Arbeitergemeinschaft:

Nachdem wir den Boden Rußlands verlassen haben, stellen wir vor dem gesamten Proletariat fest:

- 1. Das Oberste russische Revolutionätribunal ignoriert die Berliner Zusicherungen der Dritten Internationale. 2. Die Vertreter der Sowjetregierung erklärten die Berliner Besprechungen für nicht bindend. 3. Bucharin von der Dritten Internationale behauptet, der Berliner Vertrag sei zerrissen.

Das Leben der Angeklagten ist gefährdet. Wir appellieren an die Arbeiterparteien aller Länder und aller Richtungen: Auf zum Protest gegen jede Todesstrafe!

Sanderveld, Theodor Liebknecht, Kurt Rosenfeld.

Verkürzung der militärischen Dienstzeit

Paris, 23. Juni.

Die Kammer hat gestern abend am Schluß ihrer Sitzung mit 340 gegen 238 Stimmen den Artikel 2 des Militärgesetzes vom 18. Juni 1922 angenommen. Damit ist die Dienstzeit auf 18 Monate festgelegt.

der Beamten selbst damit auf ein Minimum herabgedrückt.

Auch die wachsende soziale Not der Beamtenschaft hat den Beamtenbund nicht veranlaßt, die Taktik der Trennung des Beamtensbundes von den Arbeiter- und Angestelltenvereinigungen aufzugeben; man hat sie gesteigert, bis sie schließlich im Eisenbahnerstreik zur Katastrophe führte. — Wie man auch immer über diesen ersten Beamtensstreik denken mag, so sind doch seine ungünstigen Begleiterscheinungen von der vorausgegangenen und auch im Streik und nachher beibehaltenen Einstellung des Beamtensbundes nicht zu trennen. Wenn die an den Beamtensbund angeschlossene Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten und Angewandter diesen Streik ohne Fühlung mit der übrigen Arbeiterbewegung eingeleitet, durchgeführt und abgeschlossen hat, so war diese Entwicklung die logische Folge der Politik des Deutschen Beamtensbundes.

Aus diesem Eisenbahnerstreik muß aber die gesamte Arbeiterbewegung ihre Lehren ziehen und es haben sich bereits in der Arbeiter-, Arbeiter- und Angestelltenbewegung entschlossene Männer gefunden, um den einzig gangbaren Weg für das künftige solidarische Zusammenwirken aller Kopf- und Handarbeiter zu weisen. Die jahrelang streitenden Konkurrenzverbände, der Deutsche Eisenbahnerverband und die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter konnten erfreulicherweise nach dem Streik am Verhandlungstisch vereinigt werden. Die Vorstände der beiden Eisenbahnerverbände kamen auch in kurzer Zeit zu einem Abkommen, das zunächst den Bruderstreik aufhebt und in seiner weiteren Entwicklung die Schaffung eines einheitlichen gewerkschaftlichen Machtfaktors für das gesamte Reichsbahnpersonal zur Erbringung vorbildlicher Rechte, Arbeits- und Befoldungsverhältnisse sichern soll.

Damit war die Voraussetzung gegeben, einen neuen Sammelpunkt für die fortschrittlich und gewerkschaftlich denkenden Gruppen des Deutschen Beamtensbundes zu schaffen. Die Eisenbahner wurden zum Vorträger einer neuen gewerkschaftlichen Beamtensbewegung, die am 18. Juni in Leipzig aus der Taufe gehoben werden konnte. Eine Reihe von Organisationen der Eisenbahn-, Post-, Justiz-, Bank-, Sozial-, Kommunal- und sonstigen Verwaltungsbeamten haben an diesem Tage den Gründungsakt des „Allgemeinen Deutschen Beamtensbundes“ vollzogen. Die Delegierten der einzelnen Beamtengruppen haben sich in ihren Erklärungen auf den Boden einer wirklich sozialen Arbeiterbewegung gestellt und ihre Solidarität zur Arbeiter- und Angestelltenbewegung bekundet.

Diese Gründung wird überall in Beamtenskreisen lebhaften Widerhall finden und das Vertrauen auf die eigene Kraft wieder stärken. Es wäre auch möglich, in diesem Augenblick den alten Streit um die Organisationsform aufzurollen und zu erwägen, ob die von manchen Seite geforderte Eingliederung der Beamten in die Arbeiterberufsgewerkschaften (Transportarbeiterverband usw.) besser wäre, als die Schaffung besonderer Beamtensverbände. Auch die Beamtensbewegung hat ihre historische Entwicklung hinter sich und die Beamtensverbände sind heute da. Wenn diese vorhandenen Beamtensorganisationen sich jetzt aus einer erfreulichen ökonomischen Erkenntnis heraus vereinigen, um sich als Gesamtbewegung auf den Boden der Gewerkschaften zu stellen und mit dem ADGB. und dem Afa-Bund drei mächtige in ihrem Willen vereinigte Seereschäufen der organisierten Arbeit zu bilden, dann wäre es das Verpassen eines großen historischen Augenblicks, wollten wir jetzt langatmige theoretische Erörterungen über die Organisationsformen pflegen. Die Beamten haben lange genug gewartet und wollen nunmehr Taten sehen. Je schneller sich der neue Allgemeine Deutsche Beamtensbund zu einem Machtfaktor entwickelt, und je früher auch das Bündnis des ADGB. mit den vorhandenen Epitengewerkschaften formell zustande kommt, um so früher kann auch die gesamte deutsche Arbeiterklasse ihre höchste Aktionsfähigkeit erreichen. Auch gegenüber der wachsenden monarchistischen Reaktion und zur Abwehr ihrer Treibereien muß die Vereinigung der Beamten mit der organisierten Arbeiter- und Angestelltenbewegung als besonders bedeutungsvoll gewertet werden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden in ihrer Vereinigung den wirksamsten Schutz der Republik und einen festen Hort für die schaffenden Kräfte unseres Volkes bilden.

Wandlung der sächsischen Kommunisten

Die kommunistische Landtagsfraktion in Sachsen, die vor kurzem den Polizeistat abgelehnt und damit eine Regierungskrise heraufbeschworen hatte, gab am Donnerstag bei der Beratung des Finanzetat die Erklärung ab, wonach sie sich zur Bewilligung des Finanzetat und zur Unterstützung der sozialistischen Regierung bereit erklärt.

So der Bericht des böhmischen Telegraphen-Büros, der weiter besagt: Die SPD. fordert die beiden sozialistischen Parteien auf, gemeinsam die Auflösung des Landtages vorzunehmen und in geschlossener Front für die Arbeiterforderungen einzutreten. Demnach ist bei der in nächster Zeit bevorstehenden Verabschiedung des Gesamtetat mit dessen Annahme durch die drei Linksparteien zu rechnen.

Die Ermordung des Feldmarschalls Wilson

Der englische Feldmarschall Wilson wurde auf seinem Landsitz bei London von den beiden Sinnseimern O'Brien und O'Connell erschossen. O'Brien und O'Connell wurden kurz nach der Tat von den sie verfolgenden Polizisten festgenommen. Beide sollen der irischen republikanischen Armee angehören.

Die Ermordung Wilsons ist zurückzuführen auf den bestialischen Genozid, der zwischen dem protestantischen Ulster und dem katholischen Dublin in Bezug auf die Lösung der irischen Frage besteht.

Die Wahrheit über Moskau

Rückkehr der Verteidiger — Ihre Erfahrungen in Rußland — Ausreise durch Hungerstreik erzwungen

Mit allen Mitteln der Propaganda versucht Nadel in einem Artikel der „Noten Blätter“ über den Moskauer Prozeß Stimmung gegen die Sozialisten-Revolutionäre zu machen, die Schuld der Angeklagten als erwiesen und die „Flucht“ der Verteidiger als ein Eingeständnis dieser Schuld hinzustellen. Dem gleichen Zweck dient die sowjetamtliche Berichterstattung über den Kongreß, eine Art der Berichterstattung, die in der Geschichte höchstens ein Gegenstück hat, nämlich die amtliche deutsche Kriegsberichterstattung. Gestützt können durch solche Mittelchen höchstens solche Armen im Geiste werden, die auf dem Schwandel der amtlichen deutschen Kriegsberichte oder die Märchen Radeckers Gestalten aus der deutschen Kriegszeit hereinziehen. Daß Nadel schwindelt, ist bei ihm nicht weiter auffällig, wie andererseits seine Unwahrheiten durch die Berufung auf Klara Zetkin und Brandier keineswegs an Glaubwürdigkeit gewinnen, zumal diese beiden Schwärzungen durch ihr Verhalten in der Märzaktion und ihr späteres Benehmen vor Gericht oder durch ihre mehr denn sonderbaren Behauptungen über die Menschlichen Verhältnisse zur Märzaktion vor jedem Arbeiter hinreichend gekennzeichnet sind.

Bestand schon bisher über den Charakter der Moskauer Prozeßführung und über die bolschewistische Macho kein Zweifel, so werden jetzt nach erfolgter Rückkehr der ausländischen Verteidiger der Sozial-Revolutionäre auch die letzten Scheiter zerrissen, die die Bolschewisten und ihr deutsches Sprachorgan darüber zu breiten suchten. Eine offizielle Erklärung der Verteidiger, die wir in der morgigen Nummer veröffentlichen, wird dies mit aller Klarheit darstellen. Aber schon heute möchten wir auf Grund von Unterredungen, die wir mit den Genossen Kurt Rosenfeld und Theodor Diebknecht unmittelbar nach ihrer Rückkehr aus Rußland am gestrigen Freitag hatten, auf verschiedene interessante Einzelheiten hinweisen.

Im Vertrauen auf die feierlichen Zusicherungen, die Nadel im Rahmen der dritten Internationale anfangs April auf der Berliner Konferenz gegeben hat, sind die Genossen Rosenfeld, Diebknecht und Vandervelde als Vertreter der Wiener Arbeitergemeinschaft Sozialistischer Parteien bezw. der 2. Internationale nach Moskau gefahren. Das Resultat der feierlichen Versprechungen Nadels auf der Berliner Konferenz waren diese Reiseerlaubnis nach Moskau und die Zulassung als Verteidiger der angeklagten Sozialisten-Revolutionäre. Aber das war auch so ziemlich alles. Das Tribunal, vor dem die Angeklagten zu erscheinen hatten, war kein Gericht, sondern ein Organ politischer Gegnerschaft. Der Vorsitzende des Tribunals selbst erklärte,

das Tribunal sei ein Klassengericht, das bewußt Klassenjustiz üben werde,

und diesem Grundsatz gemäß wurde und wird auch der Prozeß geführt. Dafür spricht u. a. die Tatsache, daß der Vorsitzende des Obersten Tribunals, Armento diesen Vorsitz abgetreten hat und sich jetzt in der Rolle des Anklagevertreters gefüllt, obwohl er vor kurzem in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Obersten Tribunals eine Entscheidung gefällt hatte, wonach Richter nie als Anklagevertreter fungieren dürfen. Kennzeichnend ist ferner, daß bei einem der russischen Verteidiger der Sozialisten-Revolutionäre eine Hausdurchsuchung gehalten und Material beschlagnahmt worden ist, ein Verfahren, das unseres Wissens bisher nicht einmal in Rußland-Bagern geübt wurde. Es ist auch bezeichnend für russische Justizsitte, daß die Zuhörerkarten zu den Verhandlungen fast ausschließlich an Angehörige und Gesinnungsgenossen der Kommunisten gegeben wurden.

Zu der Anklage an sich sei bemerkt, daß die Sozialisten-Revolutionäre erklärten, jetzt nicht die Anklage zu teilen, die Sowjetregierung gewaltsam zu stützen, eine Erklärung, die von der sowjetamtlichen Berichterstattung falsch und verdreht wiedergegeben worden ist. Allerdings haben die Angeklagten eine Zusage abgelehnt, niemals in der Zukunft wieder die Waffen ergreifen zu wollen, ein Standpunkt, der auch in nicht-russischen Ländern von den sozialistischen Parteien geteilt wird.

In der Auffassung sind sich sämtliche Verteidiger einig, daß das Vertrauen zur Innehaltung des Berliner Abkommens durch das Verhalten des Moskauer Gerichts erschüttert und daß damit auch die Grundlage der Verteidigung unterminiert ist. Die Art der Prozeßführung hat sich als ein Hindernis für die Einheitsfront der Arbeiterklasse erwiesen, und darüber hinaus zur Verschärfung der in der Arbeiterbewegung herrschenden Gegensätze beigetragen. Sollte die Todesstrafe über die Angeklagten verhängt werden, so würde dadurch die Kluft zwischen den Arbeiterparteien noch mehr erweitert.

Zwischenfälle bei der Einreise.

Im allgemeinen haben wir über die Einzelheiten der Fahrt der Verteidiger nach Moskau bereits auf Grund der uns laufend zugegangenen Nachrichten berichtet, wollen sie aber doch durch die uns gefehrt gemachten Mitteilungen ergänzen. An der Grenze in Sebeßing fand sich ein Vertreter des Justizkommissars ein, der den Verteidigern einen besonderen, sehr bequemen Wagen für die Weiterfahrt anbot. Aber mit bolschewistischen Geschenken ist es wie mit den mythischen Geschenken der Danaer. Denn durch das Angebot verfolgten die Bolschewisten bzw. die Abgesandten der Tscheka, die das Geschenk machten, nur den Zweck, die Verteidiger von den übrigen Reisenden vollkommen abzusondern. Jeder der Verteidiger bekam ein Abteil. Kaum hatten sie Platz genommen, als ein Tschekist an den Genossen Rosenfeld herantrat und ihm mitteilte, draußen seien Leute, die ihn sehen möchten. Gen. Rosenfeld ging hinaus. Es sammelte sich eine kleine Menge, und die Leute fragten ihn, warum er denn die Verteidigung übernommen habe. In einer kurzen Rede zeigte ihnen Gen. Rosenfeld die Gründe aufeinander. Auch die Gen. Diebknecht und Vandervelde, an die ein ähnliches Ersuchen gerichtet wurde, sprachen zu den Leuten. Die Auseinandersetzungen bewegten sich in ruhigen Bahnen und die Verteidiger hatten den besten Eindruck.

Anderes gestaltete sich die

Ankunft in Moskau.

Der Bahnhof war durch Militär abgesperrt. In der Halle hatte sich eine größere Menge angesammelt, aber für die Verteidiger war Bahn geschaffen, so daß sie unbefelligt aus dem Bahnhof kommen konnten. Vor dem Bahnhof standen etwa 3000 Menschen. Es wurde geklärt und gepufft. Ein riesiges Banner war aufgezogen mit der Aufschrift: Ins Gefängnis mit den Verteidigern! Pflöcklich ruft einer aus der Menge: Kurt Rosenfeld! Es war Bucharin. Die Kette wurde durchbrochen. Die Masse drängte gegen die Verteidiger und bedrohte sie. Ein Mann mit einem Kasten trat auf Rosenfeld zu. Der Kasten war gefüllt mit Drohbriefen. Später lag das Verhältnis somit den Drohbriefen in dem Auto. Das Auto führte die Verteidiger von dem einem Ende Moskaus bis zum anderen, und dann etwa zwei Wegstunden hinaus bis zu einem in einem herrlichen Park gelegenen Landhaus, das vollständig neu hergerichtet und ausgestattet und den Verteidigern als Aufenthalt zugedacht war. Koch und Bedienung waren vorhanden. Bei dem Essen waren Tischkarten zugegen. Den Verteidigern standen Autos zur Verfügung, aber man sagte ihnen am nächsten Morgen, daß sie wegen der gereizten Stimmung der Massen nicht in die Stadt fahren könnten.

Der Hungerstreik der Verteidiger.

Nach der Niederlegung der Verteidigung wurde über den Tag der Rückreise verhandelt. Zunächst war vereinbart, die Verteidiger sollten am Donnerstag abfahren. Aber dieser Tag wurde nicht innegehalten, der Termin vielmehr auf den folgenden Montag verschoben. Als dann am Sonntag die Heimreise am Montag als unmöglich bezeichnet wurde, traten die Verteidiger in einen Hungerstreik, um ihre Abreise von den Sowjetbehörden zu erzwingen. Der Erfolg war durchschlagend. Von der vorher gebrauchten Androhung, im Falle der Abreise sei kein Platz, hörte man nichts mehr; alles wurde als großes Mißverständnis hingestellt. Die Abreise konnte denn auch am Montag glatt erfolgen.

Noch ein Schwindel Nadels.

In der Freitag-Morgenausgabe der „Noten Blätter“ läßt Nadel den Genossen Theodor Diebknecht in einem Gespräch mit Klara Zetkin im Beisein Brandlers erklären, er hätte die Verteidigung nicht übernommen, wenn er gewußt hätte, wie die Dinge liegen, und welche Rechnung den Sozial-Revolutionären auf dem Prozeß vorgelegt wird. — Diese Darstellung Nadels ist ein echt Nadel'scher Schwindel! Genosse Diebknecht und Genosse Rosenfeld, der bei dieser Unterredung zugegen war, sagten gestern übereinstimmend, daß eine derartige Äußerung Diebknechts nicht geschehen sei. Was Diebknecht sagte, war vielmehr, daß er und seine Mitverteidiger der Meinung waren, der Prozeß werde sich ausschließlich auf Terrorakte der Sozialisten-Revolutionäre beziehen. Aber statt dessen seien ganz andere Dinge in den Prozeß hineingezogen worden. Und um die Unwahrscheinlichkeit Nadels weiter darzutun, erklärte Genosse Diebknecht in seiner Unterredung mit uns, von einer Schuld der angeklagten Sozialisten-Revolutionäre könne keine Rede sein.

Der Austritt

aus den Arbeitsgemeinschaften beschlossen

Eigenbericht der „Freiheit“.

Leipzig, 23. Juni.

Die große Ueberraschung der heutigen Tagung bildete das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über einen vorliegenden Antrag, der den Austritt aus den Arbeitsgemeinschaften forderte. Sie ergab eine Kongressmehrheit für den Antrag, und zwar 345 gegen 227 Stimmen. Da aber diese Delegiertenmehrheit nicht die Mehrheit der Mitglieder der Gewerkschaften vertritt — auf die 345 Delegierten entfallen 382 1/2, auf die 227 Ablehner 380 2/3 Mitglieder — erklärte der Vorsitzende Poplow daß der Vorstand mit diesem Abstimmungsergebnis nichts anzufangen wisse, und berief sofort den Bundesvorstand und den Bundesausschuß zu einer Sitzung zusammen. Offenbar stieß die Behebung der Schwierigkeiten auf Widerstand. Jedenfalls wurde die Nachmittagsitzung wiederholt verschoben und fiel schließlich ganz aus. Erst am Abend trat der Kongreß wieder zu einer Sitzung zusammen, um das Korreferat des Genossen Diekmann zur Frage der Industrierverbände entgegenzunehmen. Am Vormittag hatte sich Larnow gegen eine Aenderung der bestehenden organisatorischen Gruppierungen nach Verufen ausgesprochen und alle nur erdenklichen Schwierigkeiten einer neuen Organisationsform als Gegenargumente hervorgeholt. In einem großzügigen Referat wies Gen. Diekmann alle diese Argumente als unhaltbar nach. Die Konzentration und Entwicklung zum Großkapital bedinge zwingend eine Anpassung der gewerkschaftlichen Kräfte. Die heutige Organisationsform habe eine Zersplitterung zur Folge, die unbedingt beseitigt werden müsse, wenn man eine starke Politik der Kampfkraft und Schlagfertigkeit betreiben wolle.

Eingangs der Abendsitzung wies Genosse Simon Nürnberg darauf hin, daß der Reichstag am Samstag die Behandlung des Arbeitszeit- und des Arbeitsnachweisgesetzes auf die Tagesordnung gesetzt habe. Simon wies dieses Vorgehen als unerhört zurück und forderte die Kongressleitung unter einmütiger Zustimmung der Delegierten auf, sofort telegraphisch die Abstimmung dieser beiden Tagesordnungspunkte bis zum Abschluß des Gewerkschaftskongresses zu verlangen. Dem Antrag Simon wurde entsprochen.

Ein Protest gegen Loebes Rede

Paris, 23. Juni

Die Botikastekongress hat die Abstimmung einer Note an die deutsche Regierung beschlossen, worin gegen die Rede des Reichspräsidenten Loebes anwärtigen des Anschlusses an Österreich protestiert wird.

Deutscher Reichstag

Sitzung vom Freitag, den 28. Juni
Präsident Eibe eröffnet die Sitzung 2 Uhr 15 Minuten.
Kleine Anfragen.

Abg. Unterleitner (U.S.P.): Am Pfingstsonntag fand in München eine Regimentsfeier statt, bei der ein bedeutendes Festmahl zum „angekommenen Herrscherhaus“ durch die Reden der Generale abgehalten wurde. Was gedenkt die Regierung zu tun, um diese Verschönerung und Verschönerung der Republik durch Reichswehrtruppen zu verhindern?

Regierungsvertreter Major v. Streicher antwortet, daß die betreffenden Reden auf einem Festabend am Pfingstsonntag gehalten worden seien, an dem weder Reichswehrleute noch der Reichswehrkommandeur teilnahmen. Die dienstliche Teilnahme der Reichswehr an der für die Gefallenen veranfalteten Gedenkfesteilnahme war vom Reichswehrminister genehmigt worden. In monarchistischen Rundgebeten ist es nicht gekommen.

Abg. Unterleitner (U.S.P.) ergänzt: Die Regierung hat zu der Tatsache des Paradezugs vor dem Kronprinzen Rücksicht genommen.

Nach der Erledigung anderer kleiner Anfragen, verläßt das Haus die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Puchta und Vogtherr (U.S.P.).

Die Aenderung des Reichsbeamtengesetzes und ein Schutzgesetz für die durch die Abtretung der ehemals preussischen Teilgebiete Polens betroffenen Schuldner, werden ohne Debatte in allen drei Lesungen angenommen. — Der Entwurf einer Reichshaushaltsordnung wird dem Reichshaushaushaltshof überwiesen.

Fortsetzung der Debatte über die Reparationsfragen

Staatssekretär Müller legt noch einmal in längeren Ausführungen die Bestimmungen des Wiesbadener Abkommens und seine Folgen klar.

Darauf hält Abg. Helfferich (Dn.) eine provokatorische Rede, die er, wie er sich Journalisten gegenüber äußerte, absichtlich an der „bestigsten feinsten Lebens“ gestalten wollte. Dieser zweifelhafte Triumph gelingt ihm. In seiner Rede, in der er der Linken gegenüber fortwährend Worte wie „Schamlosigkeit, Schänden Sie sich, Dumme Fragen“ gebrauchte, fährt er aus: Das Bild des deutschen Kaiserreichs ist die Sehnsucht unserer Zukunft. Wir haben kein Verständnis für die mehr als abgeklärte Art des Außenministers, daß und was man gegen unsere Feinde zum Ausdruck kommen. (Crispien: Sie sind ein unverdächtigter Heber!) Bei der Linken scheint das Nationalgefühl keinen Platz mehr zu haben. Die Regierung hat uns mit ihrer Note an die Reparationskommission eine Schlinge um den Hals gelegt. Diese Note war ein Verbrechen. Diese Note steht mit dem Versprechen des Kanzlers vom 28. März in kräftigem Widerspruch. (Pfu-Muse!)

Helfferich erhebt sich in Bestimmungen gegen den Reichskanzler. Als ihm hierbei die Worte auszugehen droht, ruft ihm Adolf Hoffmann (U.S.P.) zu: Hauen Sie ihm doch eine runter. Helfferich entgegnet: Ich habe überhaupt nicht darauf geachtet, daß Adolf Hoffmann im Hofe haben Sie es doch freigegeben. Hier trauen Sie sich wohl nicht, Helfferich: Kommen Sie doch heranz. Als Helfferich diese Aufforderung wiederholt, geht Adolf Hoffmann zu ihm auf die Rednertribüne. Ein Regierungsvertreter und der Demokrat Dernburg stellen sich zwischen Hoffmann und Helfferich, der seine Anhalten macht, seinen „Mut“ zu betätigen. Die Rechte schauelt vor Entrüstung. Der Präsident Eibe erklärt, daß es ein sehr gefährliches Unternehmen von Helfferich sei, Adolf Hoffmann auszufordern, zu ihm auf die Tribüne zu kommen. Bei dem erregenden Vorfalle seien wohl unparlamentarische Töne gefallen, er habe jedoch keine Veranlassung, diese auf der linken Seite zu rügen, da Herr Helfferich in seiner Rede solche ja dauernd gebraucht hätte. (Abg. Dörflein ruft Helfferich zu: Heißer Wuthe! Er erhält dafür einen Ordnungsruf.)

Abg. Helfferich fährt in seiner Rede fort und überläßt den Reichstag mit ganzen Mäßen voll Zahlen, um dann zu konstatieren, daß die Reichswehr nur drei bis vier Prozent der Beschäftigten ausmachen. Es müsse für die Erfüllungspolitik eine Grenze geben, das deutsche Wort einer deutschen Regierung müsse immer Geltung haben. (Luruse links: Das sind die positiven Vorschläge Ihrer Politik. Plutrusse, Gurrabrußen rechts.)

Abg. Eißler (R.P.D.) polemisiert gegen die Unverschämlichkeiten Helfferichs.

Abg. Hoffmann (U.S.P.): Die Rede Helfferichs muß wie eine Brandfackel im Saargebiet und im Rheinland wirken. Er hat die Regierung zum Aggressivwerden aufgefordert, er hat aber nicht zu langen gewagt, was dann geschehen soll. Seine Ausführungen zeugen von politischem Nativismus. Der erste Erfolg der Politik der Deutschnationalen wäre, wenn sie Wirklichkeit würde, der endgültige Verlust des Saargebietes. Hoffmann singt ein Loblied auf Bismarck.

Abg. Lorell (Dem.) wendet sich dem „größten Propagandisten“, Helfferich, zu. Als Kaiser hätte er seine verderblichen Rede niemals halten können. Seine Politik, den Versaillesvertrag durch Krieg zu zerreißen, ist unheilvoll. Wir fordern eine vernünftige Lösung des Reparationsproblems.

Finanzminister Hermes wendet sich, in allerdings sehr schwacher Weise, gegen Helfferich. Durch die Anerkennung der Finanzsachverständigen-Kommission, daß bei den letzten Reparationslasten Deutschland eine Anleihe nicht gewährt werden könne, ist ein Fortschritt gemacht worden. Wir haben die Anleihe nicht um der Anleihe willen verfolgt, sondern wegen des europäischen Friedens. Durch das Nichtzustandekommen der Anleihe sind die Voraussetzungen für etwaige Maßnahmen auf dem Steuergebiet noch nicht erfüllt. Wir werden alle Mittel zum Ausgleich unseres Haushalts prüfen und die als möglich anerkannten auch durchzuführen.

Abg. Wedder-Hellen (D. Vp.) verlangt, daß die Regierung die arbeitwilligen Parteien zur Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt zusammenführt.

Abg. Helfferich (Dn.): Meine hier angegriffene Vergangenheit vertrete ich vor meinem Gewissen und vor meinem Herrgott. (Stürmische Debatte.) Helfferich verteidigt dann seine Haltung in der U-Boot-Frage.

Abg. Crispian (U.S.P.):

Helfferich hat versucht, von seiner Hauptschuld abzulenken, die auf dem Gebiet der Kriegsfinanzenpolitik liegt, deren Lasten wir heute noch tragen. Die Frage der Kriegsschuld kann nicht eher zur Ruhe kommen, bis die alten Mächte, die für die Vergangenheit politisch verantwortlich sind, vollkommen erledigt sind. Helfferich und seine Freunde haben uns zum

Verfallener Frieden geführt. Dieser Weg führte über Berge von Leiden, zertrümmerte Städte, zerrwühltes Ackerland, Not und Elend. Erst nachdem die alten Mächte am 1. November gekürzt wurden, ist es gelungen, durch eine mühevoll geführte Politik dahin zu kommen, daß die Regierung jetzt im Verhandlungswege mit fremden Regierungen den Weg des Friedens suchen kann. Diese Politik hat wieder die Verbindungen zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen geschaffen. Helfferich hat bedauert, daß auch in Deutschland die Entente Helfer finde. Als verlange, daß er klar und offen Antwort gibt, wer außer in seinen Kreisen in Deutschland ist, der für die Entente arbeitet; er soll diese Leute nennen. Können Sie (zur Rechten) das nicht, dann sind Sie ganz gewöhnliche Verleumder und Ehrabschneider. — Ein paar Worte zu unserem Antrag: Die Verhandlungen über die auswärtige Anleihe sind im Augenblick zu keinem Resultat gekommen. Die Regierung muß die Finanzverhältnisse im Innern in Ordnung bringen. Das ist durch die bisherige Steuerpolitik nicht möglich. Die Eigentümer der Sachwerte sind die einzigen, deren Besitz keinen Abbruch er-

Achtung Genossen!

Montag, den 26. Juni,

in allen Distrikten

Distriktskonferenzen.

Nähere Mitteilungen in der Sonntagsausgabe der „Freiheit“.

ahren, deren Einkommen heute vollen Goldwert hat. (Die Rechte macht unverdächtige Bemerkungen über unseren Antrag.) Sie werden es lernen müssen, mit anständigen Leuten umzugehen.

Die Arbeiter sind nicht gewillt, dauernd alle Lasten auf sich zu nehmen. Wir fordern deshalb von der Regierung, daß sie unseren Antrag als Grundlage für eine Vorlage zur Erfassung der Sachwerte nimmt. Wir fordern von ihr die positive Auskunft, welche wirtschaftlichen Wege, welche Finanzwege sie zu gehen beabsichtigt. Wir werden mit aller Macht und aller Entschiedenheit jeder Politik, die von den Deutschnationalen ausgeht und die die Volkspartei unterstützt, die alles das abschlagen will, was durch die mühevoll geführte Politik der Verschönerung und Verschönerung angebahnt ist, entgegenzutreten. (Vehementer Beifall bei den U.S.)

Nach einem kurzen Intermezzo sprach Helfferich über die Haltung der Zentrumsfraktion in der U-Boot-Frage, wird der Gesandtenrat über die Ausführung der Reparationskassenschließungen gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volkspartei angenommen, die Ueberweisung eines Antrags an den Steuerausschuß wird abgelehnt, somit auch der Antrag selbst.

Nach persönlichen Bemerkungen verläßt sich der Reichstag auf Sonnabend 12 Uhr. Tagesordnung: Wohnungsmangel; Wahlordnung, Rindfleischbeschränkungen zugunsten Schwerkrankenbeschädigter, Arbeitsnachweisgesetz, Arbeitszeit im Steinkohlenbergbau.

Preussischer Landtag

Sitzung vom Freitag, den 28. Juni

Die zweite Beratung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten wird fortgesetzt.

Abg. Oscar Cohn (U.S.P.): Ein volles Jahr nach der Ratifikation des vom Deutschen Reich unterzeichneten Friedensvertrages reden die Deutschnationalen im preussischen Parlament von einem „Freiheitsbund“. Die Partei, die an die Unverletzlichkeit der Normen glaubt, müßte sich in erster Linie an amtliche Normen gewöhnen und nicht durch Verletzung dem deutschen Staat fortwährend Schaden zufügen. Die Kriegsgreuel der deutschen Deere sind, da sie weit in Feindesland landeten, weit größer als die der feindlichen Armeen, die doch nur in den eigenen Ländern ihr Land verteidigten. Nach im dritten Friedensjahre kommen durch amtliche Verschönerungen Hindernisse auf Rubebergen deutscher Deere im Aricae.

Am 18. Juli 1914 erhaltete Legationsrat von Schön der bayerischen Regierung in München den Bericht:

„Der Schritt, den zu unternehmen das Wiener Kabinett sich entschlossen hat und der in der Ueberzeugung einer Note an Serbien beizugehen wird, wird am 25. Juli dieses Monats erfolgen. Die Dinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Absicht der Herren Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Weltmächten eine Verhandlung über etwaige Gegenaktionen zu erleichtern. Hier (in Berlin) ist man durchaus damit einverstanden, daß Oesterreich die günstige Stunde ausnutzt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Man ist also hier der Ansicht, daß es für Oesterreich sich um eine Sachfrage handle und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Bedauern erklärt, daß wir (Deutschland) mit jedem Vorhaben, zu dem man sich dort entschließen einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin.“ (Hört, hört! im ganzen Saale.) Das ist die deutsche „Ankündigung“ am Weltkriege. Es gab in Deutschland Kreise, die systematisch und bewußt auf einen Weltkrieg hinarbeiteten, in dem kriegerischen Glauben, daß jetzt zum letzten Mal die Gelegenheit sei, eine günstige Stunde auszunutzen. (Vehementer Beifall links.)

Zweite Beratung des Haushalts des Finanzministeriums

Abg. Rüdemann (S.P.) fordert die Vorlage einer Denkschrift über die Art, wie die preussische Regierung die Abfindung mit dem Haus Hohenzollern zu regeln gedenkt.

Abg. v. Aries (Dn.): Die Abfindung zwischen der preussischen Regierung und dem Hause Hohenzollern ist eine Rechtsfrage.

v. Geyern (D. Vp.): Die Regierung darf sich in der Hohenzollernfrage nicht festlegen. Die letzte Zeit ist für die Vorlegung einer solchen Denkschrift wenig geeignet.

Abg. Meier-Berlin (U.S.P.): Schon vor Jahresfrist hat der Finanzminister die Vorlegung einer Denkschrift über den Stand der Hohenzollern-Abfindung versprochen. Dieses Versprechen ist bis heute noch nicht eingelöst worden. Ministerialrat Böhm, der diese Angelegenheit bis jetzt objektiv bearbeitet hat, ist von seinem Posten zurückgetreten. Der Redner geht dann ein auf den schon im Jahre 1909 geplanten Vergleich zwischen den Hohenzollern und Preußen, der nicht

verabschiedet wurde, weil er eine Ueberschneidung des Staats und eine Schädigung der öffentlichen Interessen bedeutete. In der Behandlung dieser Frage durch die zuständigen Stellen zeigt sich mit aller Deutlichkeit die Auswirkung der großen Koalition. Die Hohenzollern-Abfindung ist für die beiden Flügelparteien, Volkspartei und Sozialdemokraten, das heiße Eisen, das zu berühren man sich scheut. Abg. Aries, Mitglied der Volkspartei, ist als Fraktionskollege des Finanzministers der juristische Berater des Hohenzollern-Hauses. Er steht also dem Finanzminister, der hier die Interessen der Republik vertreten soll, sehr nahe. Hier liegen die Widerstände, die bisher die Angelegenheit verschleppt haben. Die rechte Seite versucht, die Angelegenheit auf das privatrechtliche Gleich abzuschieben. Dagegen werden wir uns nun zur Wehr setzen. Redner führt Beispiele aus der Geschichte an und beweist, daß Bismarck 1806 den kurfürstlichen Schatz und das Bisenvermögen einfach beschlagnahmte, mit der Begründung, daß das öffentliche Interesse und die Staatssicherheit geschützt werden müßten. Noch im Jahre 1910 gab das preussische Staatsministerium ein Gutachten ab, daß die Hohenzollern nur solange Anspruch auf die Kronschuldenkommission haben, als sie die Krone tragen. Diefem Gutachten schloß sich damals auch der frühere Staatsminister und jetzige deutchnationale Herrgott an. Diese Angelegenheit ist nicht privatrechtlicher Natur, sie ist eine hochpolitische Frage. Ungeheuer sind die Forderungen an Kunstschätzen, die die Hohenzollern stellen. Sie reklamieren bald das ganze Kaiser-Friedrich-Museum für sich. Sie, die die Mitschuld am Kriege haben, hätten die Verpflichtung, das Unrecht einigermaßen wieder gutzumachen.

Das deutsche Volk verfinst in Elend. Die Regierung und das Parlament möge sich nicht täuschen. Die Arbeiterklasse ist nicht gewillt, sich durch eine Hohenzollern-Abfindung brüskieren zu lassen. In dieser Frage ist sie sich einig: sie wird Mittel und Wege zu finden wissen, um das verelendete Volk vor entthronten rauhbarischen und milliardenhungriigen Fürsten zu schützen. (Vehementer Beifall links.)

Abg. Kay (R.P.D.) bringt einige Originalbriefe zur Verlesung, aus denen hervorgeht, daß zwischen einigen Beamten des preussischen Finanzministeriums und den Hohenzollern ein inniges Verhältnis besteht. Auf diese Art und Weise wollen sich die Hohenzollern Gelder sichern.

Der Genossenschaftstag in Eisenach

Am zweiten Verhandlungstage berichtete Heinrich Kaufmann-Dambura über internationale genossenschaftliche Angelegenheiten. Er teilte mit, die vom Internationalen Genossenschaftsbund nach Rußland entsandte Kommission habe festgestellt, daß die russischen Genossenschaften im Begriffe seien, sich wieder in freie Genossenschaften zurückzuverwandeln. In der Debatte wurde u. a. bedauert, daß die Sammlungen der deutschen Genossenschaften für die künftigen Rußlands nicht noch größere Ergebnisse erzielt haben. Eine Resolution gleichen Inhalts wurde indes abgelehnt.

Auf dem vorjährigen deutschen Genossenschaftstag war eine Erneuerung der früheren Reichstaxen zwischen Genossenschaften einerseits und den Verbänden der Bäcker und Transportarbeiter andererseits abgelehnt worden, weil sowohl die Bäcker als auch die Transportarbeiter vielfach an die örtlichen Genossenschaften besondere Forderungen zu stellen pflegten. Der diesjährige Genossenschaftstag erklärte nach einem Referat von August Katsch und nach längerer Debatte, an der sich auch die Gewerkschaftsvertreter der Bäcker und Transportarbeiter beteiligten, daß er die tarifliche Regelung der Löhne und Arbeitsverhältnisse der in den Genossenschaftsbetrieben Beschäftigten und eine demokratische Abmachung der herbeizuführenden Tarifrechtsprechung als notwendig ansehe und bereit sei, sie nach Kräften zu fördern. In den bevorstehenden Verhandlungen über einen Reichsrahmentarif für Bäcker und Transportarbeiter wird in einer Einverständigung gefaßt:

„Bei der Bemerkung der den Genossenschaften auferlegenden Verpflichtungen ist Rücksicht zu nehmen einmal auf die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften, zum anderen auf die bestehende Tatsache, daß die bisher schon von den Genossenschaften erwählten sozialen Vergütigungen von den Arbeitern privater, insbesondere auch der Konkurrenzbetriebe im allgemeinen noch nicht annähernd erreicht sind. Vereinzelt Maßnahmen können nicht zur Abschaffung für einen das ganze Reichgebiet umfassenden Tarif angenommen werden.“ Daran ergeht es u. a.: „1. Eine weitere Verfürzung der achtstündigen Arbeitszeit kann unter keinen Umständen vorgenommen werden.“

2. Bezüglich der Löhne muß gefordert werden, daß bei den örtlichen Abmachungen die Genossenschaften nicht durch Ausnahmestimmungen belästet werden.

3. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden aus geschäftlichen Gründen überhaupt möglichst vermieden; es liegt aber kein Grund vor, sie mit ungewöhnlich hohen Aufschlägen zu bezahlen, wenn sie unvermeidlich sind.“

Sodann sprach Hugo Bästlein, Dambura, über die Beziehungen der Genossenschaften durch die Verbände der Fabrikanten und Händler. Er verwies auf die steigende Macht der Unternehmertumsklasse und insbesondere auf die Tatsache, daß manche Fabrikantenfreie auf Betreiben der Großhändler, die die Großenkonsum-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine von der Vellestern mit Waren ausbilden und durch hohe Zwischenhandelsgewinne den Mitgliedern der Konsumvereine diese Waren verteuern. Bästlein legte den Genossenschaften eine entsprechende Entschlüsselung vor.

Von einigen kommunistischen Genossenschaftlern wurde beantragt, von einer Anspruchsannahme der Verabschiedung abzusehen, diesen Teil der Entschlüsselung fallen zu lassen, und die Genossenschaftsmitglieder auf die Selbsthilfe zu verweisen. Dieser kommunistische Antrag, der in großem Widerspruch zu der sonstigen Haltung der Kommunisten steht, fand nicht die genügende Unterstützung. Die von Bästlein vorgeschlagene Entschlüsselung wurde angenommen.

Heinrich Kaufmann, Dambura, teilte mit, daß die Generalversammlung der Pensionskasse des Centralverbandes deutscher Konsumvereine am 18. und 19. September in Dresden tagen wird. Dort müssen die Bestimmungen der Pensionskasse der Geldwertverwertung angepaßt werden.

Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten, Genehmigung der Jahresrechnung und Neuwahlen, die ohne Widerspruch erfolgten, wurde der Konvent geschlossen.

Rückgabe des deutschen Eigentums in Amerika. Nach einer Meldung aus New York wird mit Zustimmung des Präsidenten ein Gesetz vorbereitet, wonach das den Deutschen und Oesterreichern beschlagnahmte Eigentum, soweit sein Wert 10000 Dollars oder weniger beträgt, zurückgestellt werden soll.

Mittwoch, den 28. Juni, große öffentliche Kundgebung

Der Gewerkschaftskongress in Leipzig

Eigenbericht der „Freiheit“.

Leipzig, 22. Juni.

Schluß der Vormittags-Sitzung

In der Aussprache zu dem Referat des Dr. Singheimler bemängelt

Enderle (Komm.) als erster, daß der Referent nicht die Wege gewiesen habe zur Durchführung der Forderungen.

Hand (USP.): Der Gedanke einer Rechtsprechung in einem einheitlichen Körper ist mir sympathisch, aber es muß eine Personentrennung zwischen Verwaltung und Rechtsprechung damit verbunden werden. Nach meinem Erachten gehört ebenso wie die Sozialversicherung die Armenfürsorge in ihr Aufgabengebiet. Die Aufbringung der Mittel für die Sozialversicherung kann nicht auf die vorgelegene komplizierte und einen großen Verwaltungsaufwand erfordernde Weise erfolgen. Hierfür wäre der Weg einer Sozialsteuer zu wählen. Die Antipathie der breiten Massen gegen die Rechtsprechung in Deutschland ist berechtigt.

Umbreit begründet die Resolution des Bundesvorstandes. Er bezieht sich, daß die Arbeiten des Arbeitsrechtsausschusses keine Beachtung bei den Reichsministerien finden. Es besteht die Gefahr, daß die Schlichtungsordnung im Reichstag noch verschlechtert wird.

Hans (Musiker) verurteilt die Konkurrenz, welche dem Kunstgewerbe hauptsächlich von Textilarbeitern in der Nebenarbeit ausgeht.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird trotz Protestes mit Stimmenmehrheit angenommen.

Singheimler führt im Schlußwort aus:

Ich will nur drei Punkte aus der Diskussion herausgreifen: Hand meint, daß eine Vereinigung von Rechtsprechung und Verwaltung nicht möglich ist. Ich sehe nicht auf dem Standpunkt, daß eine Personalunion stattfinden soll. Ich bin nur für eine Vereinigung der Funktionen. Es kommt auf die Schaffung einer lebendigen Arbeitsgemeinschaft an. Auch der Behauptung über die bestehende Antipathie gegen die Rechtsprechung stimme ich zu. Bei dem Aufbau der Arbeitsbehörden dürfen wir die Gerichtsbarkeit nicht in die Hände der Ankläger legen. Ich bin kein Bewunderer der deutschen Zivilrechtspflege. An dritter Stelle wende ich mich gegen Enderle. Er sagte: Alles sei eine Machtfrage. Tatsächlich ist das Recht heute nicht gefährdet, weil es in Paragraphen niedergeschrieben ist, sondern weil dahinter die große organisierte Macht steht. Aber alles auf die Macht allein zu setzen ist Fehler. In der Revolution hat das Proletariat die Macht gehabt, sie aber nicht anzuwenden gewußt. Man muß sich darüber klar werden, was nach der Machtübergreifung zu erfolgen hat. Ohne Kampf können wir nicht weiter, aber es muß auch gezeigt werden, was nach siegreichem Kampf geschehen soll. Das habe ich bei Enderle vermisst. Denken Sie an den Zusammenhang zwischen Arbeit, Kultur und Geist, dann fördern sie die Aufgabe, die der Arbeiterschaft unabweisbar gestellt ist: die Wegweisung in eine neue, in die sozialistische Wirtschaft. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung

Biska (USP.) erklärt vor der Abstimmung, daß durch den überhöhten Schluß der Diskussion am Vormittag einem Teil des Kongresses die Möglichkeit genommen wurde, zu der Resolution der Kongressleitung Stellung zu nehmen. Weiter beantragt Biska den Abschluß II der letzten abgelesenen Resolution Simon und Genossen als Zusatzantrag zu der Resolution des Vorstandes zu behandeln.

Singheimler will diesen Antrag nicht zulassen, während Biska man demgegenüber auf die von dem Referenten vorgelegten Richtlinien verweist, die eine so enge Begrenzung des Tagesordnungspunktes ablehnen. Auf Antrag der Kongressleitung lehnt der Kongress mit geringer Mehrheit die Zulassung des Antrages ab. Ein Antrag der USP, welcher fordert, daß die Schlichtungsordnung mit allen Mitteln zu verhindern sei, wird in namentlicher Abstimmung gebracht und abgelehnt, mit 403 Stimmen, die 4 865 000 Mitglieder gegen 214 Stimmen, die 2 208 000 Mitglieder vertreteten, abgelehnt.

Die Resolution Enderle-Walcher wird abgelehnt.

Die Resolution des Bundesvorstandes (folgt morgen) wird dann mit folgendem Zusatz angenommen:

In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Gewerkschaftskongresses von Rom bezeichnet der Kongress als wichtigste Pflicht der Gewerkschaften, die vorgezeichneten Gesichtspunkte in dieser Gestaltung aufzuschließen zu bekämpfen und alle Kräfte aufzubieten, um sich jeder Verlagerung der Arbeitszeit zu widersetzen. Nachdem noch die Abstimmung über einige andere Anträge erfolgt ist, erhält Bissell das Wort zu seinem Referat über

Arbeitsgemeinschaft und Wirtschaftsrate

Er fährt etwa aus: Wir stehen noch im Anfang einer wirtschaftlichen Umbildung. Die heutige Gesellschaft ist zerrissen durch den Zwang zur Lohnarbeit. Wenn die Arbeiter das Gefühl haben, daß die von ihnen verlangten Mehrleistungen doch nur der Gewinnerhöhung einzelner dienen, ist von ihnen ein Interesse an der Produktion nicht zu erwarten. Die Aufgaben der Gewerkschaften sind wesentlich gewachsen. Im Kampfe um die Arbeitsgemeinschaften leben genau dieselben Gegenstände wieder auf wie vor 25 Jahren gegen die Tarifgemeinschaften. Auch diese verurteilt man damals als revisionistisch. Wer den Tarifgedanken zu Ende denkt, muß zum Gedanken der Arbeitsgemeinschaften kommen. Wir erziehen dabei unsere Massen für die Verwirklichung unserer letzten Ziele. Die Gewerkschaft hat damals unter härterem Druck diesen Arbeitsgemeinschaften zugestimmt. Verstehen wir es, die erlangte Gleichberechtigung in den Arbeitsgemeinschaften auszunutzen! Die Arbeitsgemeinschaften sind nur eine Vorstufe für die kommende sozialistische Wirtschaftsordnung.

Den Unternehmern kann man keinen größeren Gefallen erweisen als durch hermetische Abgrenzung. Wer in diesen Arbeitsgemeinschaften arbeitet und die Rechte der Arbeiterschaft vertritt, der führt den Streikkampf nachhaltiger als ein anderer, der es der Straße demonstriert. Es darf auch kein Notgesetz geschaffen werden unter Mißachtung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung. Die Gewerkschaften müssen gegen diese Pläne schärfsten Protest erheben. Schon zu lange haben die Gewerkschaften den Verschleppungsmethoden der Unternehmer nützlich zugehört. (Vehementer Beifall.)

Korreferat des Genossen Simon

Bissell hat uns mit den Grundgedanken der Reichsversammlung bekanntgemacht. Die Worte hören sich sehr schön an aber wir wissen, daß nicht das geschriebene Gesetz, sondern die wirtschaftlichen Machtverhältnisse ausschlaggebend sind. Auch im alten Deutschland hieß es: Jeder Deutsche wird an Rechten gleich geboren! Die Gegenwart ist der beste Beweis dafür: Je mehr wir uns vom 9. November entfernen desto mehr werden die Errungenschaften der Revolution abgebaut. An dem Beispiel der Schlichtungsordnung sehen wir es am deutlichsten.

Bezeichnend ist, daß in der Tagesordnung Arbeitsgemeinschaften und Wirtschaftsrate miteinander verknüpft sind. Dagegen muß entschieden Verwahrung eingelegt werden. Der Nützlichkeitsgedanke steht im schärfsten Gegensatz zur kapitalistischen Ordnung. Die Räte entsprangen nicht dem Gedanken der Arbeitsgemeinschaft, die auf dem Standpunkt des Ausgleichs der Interessen gegenläufige liegen.

Was ist der Erfolg der Arbeitsgemeinschaften? Darüber hat uns Bissell leider kein Wort gesagt. Ich selbst habe ja in den Arbeitsgemeinschaften mitgewirkt und festgestellt, daß mit dem Moment, wenn es gilt, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, die Arbeitsgemeinschaften verlagten. Bissell spricht viel von der Gleichberechtigung, die in der paritätischen Vertretung zum Ausdruck komme. Ich betrachte diese Parität nicht als einen Vorzug für die Arbeiterklasse. Wir sehen das in vortragenden Reichswirtschaftsrat, wo auf der Arbeitnehmerseite neben den freien auch die Christlichen und Christlich-Donnerischen Gewerkschaften sitzen, welche letztere in entscheidenden Fragen auf Unternehmenseite fallen, und dazu kommt außerdem noch die sogenannte Neutrale Gruppe, die ebenfalls das Gewicht der Unternehmenseite verleiht. Unsere Erfahrungen mit der Schlichtungsordnung, dem Arbeitszeitgesetz usw. zeigen das nur zu deutlich.

Aus diesen paritätischen Körpern kann nichts anderes herauskommen, als Gutachten usw., die zumeist auf Kompromissen beruhen. Wenn wir aber keine Arbeiterkammern haben, dann werden solche Gutachten abgegeben, wie sie unserem Interesse entsprechen und die sozialistischen Parteien im Parlament haben dann eine ganz andere Position, als wenn ihnen vorgehalten wird: Ja, Ihre Vertreter im Reichswirtschaftsrat haben doch nichts weiter verlangt.

Bissell sagt, daß die Handelskammern eine außerordentlich große Macht besitzen, und es ist von Vorteil, wenn wir darüben sitzen und dort unseren Einfluß ausüben, uns Kenntnisse aneignen. Ja, glauben Sie denn wirklich, daß, wenn wir heute zur Parität in den Handelskammern kommen, die Unternehmer noch das gleiche Material liefern würden. Nein — dann würden sie das Schwergewicht ihrer Interessenvertretung in ihre Unternehmerverbände hineintragen, und wir würden von all dem schönen Material nichts erfahren!

Wir haben den Beweis in dem Betriebsrätegesetz, zu dem zwar Roepel gestern meinte, es gäbe keine Sabotage. Die Unternehmer werden ihm dafür dankbar sein. Fest steht aber, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie eine allgemeine Geheimanweisung herausgegeben hat, die genau die Wege zur Sabotage des Gesetzes und Entziehung der Betriebsräte im Aufsichtsrat weist.

Bissell sagte, es lehrten gegenüber den Arbeitsgemeinschaften dieselben Argumente wieder, wie gegen die Tarifgemeinschaften. Wer diese beiden Institutionen gleichsetzt, der hat nicht das Wesen der Arbeitsgemeinschaft und die Stellung, die ein Gewerkschaftsführer einnimmt, wenn er mit dem Unternehmer über Tarife verhandelt, erkannt. Bei letzterer Unterhandlung hat der Arbeitervertreter diejenige Macht, die ihm seine Organisation gibt. Bei der Arbeitsgemeinschaft kann diese nicht zum Ausdruck kommen.

Ich stimme Dr. Singheimler bei, wenn er heute vormittag erklärte, daß wir seitlich im November auf den Umstellungsprozess nicht vorbereitet waren. Aber glauben Sie wirklich, wir könnten in der Arbeitsgemeinschaft uns diese Kenntnisse aneignen?

Es ist einmal der Gedanke ausgesprochen worden, daß man die Arbeitsgemeinschaften brauche, um den Sozialismus durchzuführen. Glaubt man wirklich, mit Hilfe der Stimmlosen in der Arbeitsgemeinschaft den Sozialismus durchzuführen zu können? Bissell sagte ja auch, die Arbeitsgemeinschaften seien Vorstufen des Sozialismus. In solche Gedankengänge kann ich mich allerdings nicht hineinfinden! Wir können nicht den Arbeitern klar machen, daß ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht, wenn wir in allen Fragen gemeinsame Gutachten abgeben. Dann muß bei den Unaufgeklärten der Gedanke aufkommen, daß es keinen Interessengegensatz gibt. Simon empfiehlt zum Schluß die Resolution der USP zur Annahme.

Aus der Mittwochsverhandlung ist noch folgende Resolution nachzutragen, die gegen eine geringe Minderheit angenommen wurde:

Der Erste Kongress der Gewerkschaften Deutschlands bekräftigt mit begeistertster Zustimmung die vom Internationalen Gewerkschaftsbund durch die Beschlüsse von Rom eingeleitete internationale Bekämpfung des Militarismus und des Krieges.

Die Friedensschlüsse von Versailles, St. Germain, Sevres, Riga usw. haben die Gefahr neuer Kriege eher verstärkt als beseitigt. Auch die Genue-Konferenz hat die erwartete Entspannung der Lage und die Abklärung der Militärforderungen nicht gebracht. Der Militarismus ist vielmehr härter denn je geworden und bedroht nicht nur ständig den Frieden der Völker, sondern hindert auch die Wiederherstellung der zerrütteten Wirtschaft; der am Weltfrieden beteiligten gemessenen Länder. Der Völkerverdacht wird zur Unmöglichkeit, solange nicht alle Regierungen auf den Austrag ihrer Streitigkeiten durch Waffen Gewalt verzichten.

Der Kongress erachtet es als notwendig, daß die Arbeiter aller Länder ihren Widerstand gegen den Krieg bekunden und in Einmütigkeit entschlossen den Kampf gegen die Friedenshörer aufnehmen.

Dem Vorschlag des Internationalen Gewerkschaftsbundes, im Amsterdamer im Dezember dieses Jahres einen Internationalen Weltfriedenskongress zu veranstalten, stimmt der Kongress zu und fordert die Gewerkschaften auf, sich an dieser internationalen Friedenskonferenz zu beteiligen.

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Eingeleitet durch Übersetzung von August Goll. Amerikanisches Copyright 1919 by H. S. Goll & Co., Berlin.

(96. Fortsetzung.)

Plötzlich blieb sie stehen und sagte, sich dicht an mich anschmiegend, in vorwurfsvollem Tone:

„Nicht mal bis zum Winter komm' er am Leben bleiben... o Gott, o Gott, wie ist das nur möglich?“

Dann reichte sie mir die von ihren Tränen feuchte Hand.

„Leben Sie wohl. Er hat Sie sehr gelobt. Begraben wird er morgen.“

„Soll ich Sie nach Hause begleiten?“

Sie sah sich um.

„Wozu? Jetzt ist's doch Tag, nicht Nacht.“

An der nächsten Straßenecke wandte ich mich um und sah ihr nach; sie ging langsam, wie jemand, der keine Eile hat.

Es war im August, das Raub begann bereits von den Bäumen zu fallen.

Ich hatte keine Zeit, meinem Stiefvater das letzte Geleit zu geben, und habe jenes Mädchen nie wieder gesehen.

18.

Täglich um sechs Uhr morgens begab ich mich zur Arbeit nach dem „Jahrmart“. Dort erwarteten mich recht interessante Leute: der Zimmermann Ossip, der mit seinem Silberbart dem Heiligen Nikolaus ähnlich war, ein geschickter Arbeiter und dazu ein Witzbold; der buddige Dachdecker Jesimuschka; der fromme Maurer Peter, ein nachdenklicher Mensch, der gleichfalls etwas von einem Heiligen hatte; der Stukkateur Grigorij Shishlin, ein fröhlicher Mensch mit einem blonden Vollbart und blauen Augen voll stiller, strahlender Güte.

Ich kannte diese Leute bereits von der Zeit her, als ich zum zweitenmal bei dem Zeichner war. Jeden Sonntag fanden sie sich in der Küche ein, feierlich, gesetzt, eine wohlklingende Sprache redend, die mit ihren für mich neuen Ausdrücken recht nach meinem Geschmack war. Alle diese soliden Männer erschienen

mir damals so durch und durch brav und schlicht; jeder war auf seine Weise interessant, und alle miteinander unterschieden sich sehr zu ihrem Vorteil von den bössartigen, diebstahlichen, trunksüchtigen Kleinbürgern der Vorstadt Annawino.

Am besten von allen gefiel mir der Stukkateur Shishlin, ich wollte sogar in seinen Artel*) eintreten, doch schlug er meine Bitte mit sanften Worten ab.

„Es ist noch zu früh für dich“, sagte er, mit dem gipsweißen Finger seine goldblonden Augenbrauen fragend. „Unsere Arbeit ist nicht leicht, wari' noch ein oder zwei Jahre...“

Dann warf er den schlangenförmigen Kopf in den Nacken und fragte:

„Bist du denn mit deinem Leben nicht zufrieden? Immer halt' aus, reiß dich in deinem Innern fest zusammen, dann wird's schon gehen!“

Ich weiß nicht, ob mir dieser gute Rat etwas genützt hat — jedenfalls habe ich ihn mir dankbaren Herzens gemerkt.

Auch jetzt fanden sich diese Männer wieder jeden Sonntagmorgen ein, nahmen auf den Bänken um den Tisch herum Platz und führten, während sie den Prinzipal erwarteten, allerhand interessante Gespräche. Der Prinzipal begrüßte sie lärmend und heiter und drückte ihre schweißigen Hände, dann setzten sie sich zu recht, die Rechenmaschine wurde herbeigebracht, und ein Bündchen Geldscheine erschien auf dem Tische. Die Handwerker zogen ihre Rechnungen und die zerkrümelten Notizbücher aus der Tasche, und die Wochenabrechnung begann.

Unter Scherzen und Mägen suchte der Prinzipal sie übers Ohr zu hauen, und sie vergalteten ihm mit gleicher Münze. Zuweilen kam es dabei zu heftigem Jank, meist jedoch ging die Sache unter gemüßlichem Lachen vorstatten.

„Ach, lieber Mann“, sagten die Handwerker zu dem Unternehmer, „du bist wirklich der geborene Spitzhube!“

„Na, und ihr seid erst Gauner“, erwiderte er mit verlegenem Lächeln — „so richtige bissige Hühner!“

*) Arbeitergenossenschaft, die zumeist gemeinsame Kasse und gemeinsamen Tisch führt, oft auch gemeinsam wohnt.

„Freilich, freilich, wie kann's auch anders sein?“ gab Jesimuschka zu, und der ernsthafte Peter meinte: „Das, was man stiehlt, braucht man doch zum Leben! Was man mit redlicher Arbeit schafft, geht für Gott und den Jaren drauf.“

„Na, also! Darum muß ich eben sehen, wie ich euch was abzwack“, lachte der Prinzipal.

„Wie du uns überm Bissel barbierst, was?“ pflichteten sie ihm gutmütig bei.

„Wie du uns sozusagen beschummelst?“

„Nun laßt uns einfach geschäftlich rechnen, Brüder, ohne Gaunerei“, sprach Grigorij Shishlin mit süßem der Stimme, während er seinen üppigen Vollbart mit der Hand an die Brust drückte. „Es lebt sich viel schöner und ruhiger, wenn alles ehrlich zugeht. Wir sind doch alle eines Volkes Kinder — nicht?“

Seine blauen Augen wurden dunkel, wie von einem feuchten Anflug — er war in solchen Augenblicken ganz auffallend schön. Seine Worte schienen die andern verlegen zu machen, sie wandten sich, als ob sie sich getroffen fühlten, von ihm ab.

„Was können wir Bauern dich schließlich viel betrügen“, brummte der biedere Ossip mit einem leisen Senfzer, als wenn er die Bauern bedauerte, daß sie nicht um mehr betrügen könnten.

Der nachdenkliche Maurer neigte den leicht gekrümmten Rücken über den Tisch vor und sagte im tiefen Ton:

„Die Stunde ist wie ein Sumpf — je weiter man hineinsteigt, desto ärger wird der Schlamm!“

Und der Prinzipal geht ganz auf ihren Gedankengang ein:

„Was tu' ich schließlich? Wie es in meinen Wald hereinhallt, so ruf ich's wieder hinaus...“

Nachdem sie so eine Weile philosophiert haben, gehen sie wieder daran, sich gegenseitig zu betrügen, bis schließlich die Abrechnung fertig ist und alle miteinander, schweißbedeckt und erschöpft von der ungewohnten Anstrengung, sich nach dem nächsten Wirtschaftshaus zu einem Glas Tee begeben, zu dem sie auch den Prinzipal mit einladen.

(Fortsetzung folgt.)

In den Sitzungssaal einer Moabiter Strafkammer blitzen einzelne Sonnenstrahlen. Die schwere Gespensterfinger spielen sie über die Holzschmibereien an der Stirnwand des Saales. Sie huschen über hohe geschnitzte Buchstaben des Satzes „Recht soll Recht bleiben“.

Recht und Gerechtigkeit. — Leere, tote Begriffe, in der Praxis nackte, brutale Schändung des lebenden Rechts. — Recht und Gerechtigkeit — eine Errungenschaft der sogenannten Zivilisation — sternweit entfernt von wahrer Menschheitskultur!

Der Gerichtsdiener — kein Justizwachtmeister — ruft die Angeklagte eines neuen Falles auf. Eine abgearbeitete, verhärmte und unterernährte Prokuratorin betritt ängstlich den Saal, auf dem Arme einen schlafenden Säugling. Mutter und Kind werden in die Anklagebank geschoben — der Hohenzollernsprößling Schieberich braucht feinerzeit nicht auf der Anklagebank Platz zu nehmen. — Recht soll Recht bleiben!

Der Vorsitzende verliest den Eröffnungsbeschluss. Am Jahre 1919 soll die Frau von dem ureigensten Rechte des Menschen, dem Recht über den eigenen Leib, Gebrauch gemacht haben — § 218 — Verbrechen gegen das leimende Leben! Der Gerichtshof beschließt Ausschluß der Öffentlichkeit wegen Gefährdung der Sittlichkeit. Wie empfindsam kann das Bürgertum sein! Wenn Menschen in der Gasse vor Hunger verenden oder Selbstmord begehen, wenn Millionen von Menschen ausgebeutet und ausgewandert werden, wenn Proletarier in elenden Kellern, genannt Wohnungen, sich Krankheit und Siedtum holen, wenn im Kriege Millionen von Männern in den Tod gehen oder zu elenden Krüppeln geschossen worden — das alles ist eine reine bürgerliche Sittlichkeit. Unmöglich ist es aber nach Ansicht dieser Christen, wenn eine Proletarierfrau von dem Recht über den eigenen Körper Gebrauch macht.

Ihr zartbesaiteten Tugend- und Gesetzeswächter, kennen eure Frauen nicht das Recht über den eigenen Körper? Nehmen sie es nicht für sich in Anspruch? Wenn ihr es nicht wißt, eure Hausärzte und die Ärzte der Sanatorien wissen es! Und über die Proletarierfrau wagt ihr deswegen den Stab zu brechen?

Die Aussage der Frau war eine schreiende Anklage der Gesellschaftsordnung, in ihrer Wucht gesteigert durch die Einfachheit des Vortrages, ohne jeden Versuch der Beschönigung.

„Warum haben Sie es getan?“

„Ich habe acht lebende Kinder, das älteste leidet an Wasserhust. Mein Mann verdient wenig. Wir alle müssen hungern. Jedes weitere Kind vergrößert das Elend. Und je mehr ich das Elend steigere, um so schlechter werden wir behandelt. Da packte mich die Verzweiflung, ich konnte nicht sehen, daß noch mehr Hunger einziehen soll und fuhr nach Berlin zu einer Frau!“

Ruhe herrschte im Saale, eine unheimliche Ruhe. Der Säugling regte sich und verlangte die Brust. Und das Gericht beschloß, die geschlich zulässige Mindeststrafe — 6 Wochen Gefängnis!

Man müßte die honesten Bürger und Bürgerinnen des Reichstags, die den Sturz des § 218 verhinderten, zu solchen Verhandlungen führen. — Vielleicht würden sie endlich einmal ehrlich gegen sich selbst sein. — Vielleicht! — Verbrechen gegen das leimende Leben, Verbrechen gegen ein Zellklumpchen werden barbarisch bestraft. Die Verbrechen der Gesellschaft gegen das leimende Leben, daß das Kind schon im Mutterleibe hungert, die Verbrechen der Gesellschaft am pulsierenden Leben, an den Kindern, Erwachsenen, Greisen, Invaliden — sie sind Sittlichkeit! So will es das Bürgertum, so will es ihre verlogene Sittlichkeit, ihre heuchlerische Moral, die vielgerühmte deutsche Kultur!

Wo bleibt das Obst?

Wir haben eine Frühjahrs-Obsternte in Kirichen und Erdbeeren wie seit langen Jahren nicht. Wo die Spätkirichen noch nicht ganz reif sind, hängen an den Bäumen fast ebenso viele Früchte als Blätter. Trotzdem sieht man im Kleinhandel verhältnismäßig geringe Vorräte, jedenfalls nicht so große, wie sie der reichen Ernte entsprechen müßten. Das liegt nicht nur an den hohen Kleinhandelspreisen, die je nach der Güte der Ware sehr verschieden, für Kirichen noch nicht unter 5 M., für Erdbeeren nicht unter 25 M. heruntergegangen sind. Die Ware ist für diese „billigen“ Preise natürlich recht minderwertig. Wirklich gute Ware kostet pro Pfund noch immer das Doppelte und mehr. Abnehmer des Obstes sind, wie man leicht beobachten kann, hauptsächlich jüngere Leute, die für ihren Schnabel kaufen müssen, was sie sehen, und solche Zeitgenossen, denen nichts zu teuer ist. Familien, die genug Sorgen haben, um das notwendige Essen heranzuschaffen, können sich den Genuß von Obst kaum oder nur ganz selten gestatten. Wo bleibt nun das überflüssige Frühobst, mit dem uns die Natur beglückt hat? In der Berliner Zentralmarkthalle liegen die Großhändler gar keinen so großen Wert darauf, viel bei den Kleinhändlern, die an den Preisen kritischer sind, abzusetzen. Die eintreffenden Vorräte werden ihnen von den Obstprekessern, die sich hier äußerlich zahlreich einsinden, ohne Handeln abgenommen. Wertvolle Obsternten kommen erst gar nicht nach der Markthalle, sondern gehen direkt vom Lande über den Großhandel hinweg in die Pressereien, die dann ihrerseits die zu Marmelade, Gelee, Saft usw. verarbeitete Ware zum großen Teil in das Ausland schicken. Die Obstprekessereien haben sich auffallend vermehrt, was ebenfalls zu den hohen Preisen für Frühobst beiträgt. Kein Bäcker und kein Großhändler hat Schwierigkeiten, die Ware schnell loszuwerden. Nur die Masse der Bevölkerung geht leer aus. Solche harte Ein-

chränkung im Obhgenuß schädigt die Volksgesundheit, da Obst ein vorzügliches Mittel ist, um die Arbeit des menschlichen Organismus zu regulieren.

Das Finanzjeld der Stadt

Im Haushaltsauschuß gab der Rämmerer einen Ueberblick über den neuesten Stand der städtischen Finanzen, der angesichts des vollständigen Fehlens irgend welcher Reserven immer bedrohlicher zu werden droht. Der Rämmerer errechnet unter Berücksichtigung neuer Löhne, Beamtengehälter usw. und der Erhöhungen, die im Etat vorgenommen wurden, eine Mehrausgabe von einer weiteren Milliarde. Gegenüber dem Etatsanlaß sind erhöhte Einnahmen aus den Reichsteuernanteilen von etwa 150 Millionen zu erwarten. Das restliche Defizit von 840 Millionen will der Magistrat durch folgende Maßnahmen decken. 100 Millionen aus Erhöhung der Grundsteuer, 520 Millionen aus Steigerung der Gewerbesteuer. Da die Genehmigung der neuen Gewerbesteuerordnung durch die Aufsichtsbehörden immer noch nicht erfolgt ist und eventuell die neue Veranlagung dadurch um Monate hinausgezögert werden kann, so will der Magistrat vorschlagen, für 1922 die alte Gewerbesteuerordnung zu belassen und die Mehreinnahmen durch Steigerung der Sätze zu erreichen. 70 Mill. werden aus der weiteren Steigerung der Umsatzsteuerordnung erwartet, 30 Millionen aus der Anpassung aller Gebühren an die Geldentwertung, 75 Millionen soll das Projekt einer Straßenreinigungsgeldbrücke bringen und 50 Millionen sollen aus den Gütern herausgewirtschaftet werden.

Die Verpachtung bzw. eventuelle Umorganisation der Güter, die unter der „bewährten“ Leitung des deutsch-nationalen „Fachmanns“, Wege stehen, kommt vorläufig nicht in Fluß, da der Magistrat an den skandalösen Bedingungen, die man ihm vorschlägt, doch wohl kein Gefallen findet. Die Arbeiterschaft wird sich gegen eine Verpachtung mit allen Mitteln wenden. Die Pensionierung der Güterverwaltung und Ersetzung durch anhängige Fachleute ist das erste, was sofort geschehen muß. Der Skandal ist wirklich nicht mehr zu ertragen.

Zur ganzen Finanzlage der Stadt werden wir noch eingehend Stellung nehmen. Wir bringen diese Angaben nur vorweg, da sie den Ernst der Situation beleuchten, der ja auch für die Arbeiterschaft nicht gleichgültig ist. Die Wege des Rämmerers sind allerdings in wichtigen Fragen nicht die unsrigen.

Welche katastrophalen Folgen für die Sittlichkeit die Finanzlage der Stadt hat, dafür nur ein Beispiel: Im Staatsauschuß mußte stundenlang darüber debattiert werden, ob es möglich sei, 11 Millionen zur Beendigung der Bauten des Moabiter Krankenhauses zu bewilligen, das fast bis unter Dach schon hergestellt ist und eine Ruine wird, wenn die Schlussrate nicht bewilligt wird. Als schließlich ein Beschluß vorlag, erhob sich der Rämmerer und erklärte: „Meine Herren, der Magistrat wird sich darüber schlüssig werden müssen, welche von ihnen bewilligten Ausgabenposten er zu streichen hat, da er über keinerlei Geldmittel zur Zahlung verfügt.“ So sollen wertvolle und wichtigste Anlagen verfallen! Die Ruinenbauten der AGO-Schnellbahn sind ja auch ein sprechendes Zeugnis für unser Finanzjeld.

Prüfung künstlerisch begabter Schulkinder

Wie das Berufsamt der Stadt Berlin mitteilt, findet am 4. und 5. Juli d. J. in der Unterrichtsanstalt der staatlichen Kunstgewerbeschule, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8, wieder eine Prüfung solcher künstlerisch begabter Schulkinder statt, die zu Michaels d. J. die Schule verlassen und ein Urteil über ihre Beschäftigungswahl eines handwerklichen oder künstlerischen Berufes nach verständlichen Rat erhalten wollen. Künstlerisch begabte Knaben und Mädchen aller Groß-Berliner Gemeindeschulen und höheren Lehranstalten, die daran teilzunehmen wünschen, müssen am 1. und 3. Juli d. J. von 10-12 Uhr in der Unterrichtsanstalt der Kunstgewerbeschule, Prinz-Albrecht-Straße 8, Zimmer 57, selbstgefertigte, ohne Korrektur entstandene und nicht abgezeichnete Arbeiten — Zeichnungen, Malereien, Entwürfe, Bastarbeiten, Handarbeiten, plastische Arbeiten —, aus denen allgemeine und besondere Beobachtung, Formen- und Farbenkenntnis und Phantasie sprechen, einliefern und gleichzeitlich 15 M. Prüfungsgebühren entrichten.

Gesuche um Befreiung von der Zahlung der Prüfungsgebühr sind bei der Abgabe der Arbeiten mit einzureichen. Mal- und Zeichenmaterialien sowie Papier sind zur Prüfung mitzubringen.

Kommunistische Versammlungs-Sprengmethoden

In der Abend-Ausgabe der „Roten Fahne“ vom 22. d. M. wird von der USPD, der Beweis gefordert, daß die Kommunisten systematisch die öffentliche Versammlung der USPD sprengen; die „Rote Fahne“ behauptet ferner, daß noch niemals öffentliche Versammlungen der USPD gesprengt worden sind, es sei denn, wenn irgendein Paul Levi eine antibolschewistische Rede hielt, und die Arbeiter „ihn nicht mehr hören wollten“.

Dazu teilt uns ein Augenzeuge folgendes zur Veröffentlichung mit:

Vergangene Woche, am Dienstag, den 18. d. M. fand eine öffentliche Versammlung, einberufen von der Ortsgruppe der USPD, im Realgymnasium, Weiskense, statt. Referent war Genosse Paul Levi. Die Tagesordnung lautete: Genua und das Weltproletariat. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden der USPD, forderte eine Anzahl Kommunisten die Beschränkung der Redezeit für den Referenten, und zwar auf eine Stunde, damit die Kommunisten genügend Zeit haben, in der Diskussion ihre Gegenmeinung zu äußern. Mit allen Mitteln des Radaumachens wurde versucht, diesen Antrag der Versammlung aufzuheben, was durch eine vorgenommene Abstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Genosse Levi konnte nun sein Referat halten. Was geschah aber während der Versammlung? Es sei von vornherein festgehalten, daß die anwesenden Kommunisten es nicht mochten, während des Referats dem Genossen Levi zu widersprechen. Abgesehen von 1 bis 2 Zwischenrufen verließ die Versammlung in bester Ordnung. Als Genosse Levi gegen eine Stunde sprach, entfernte sich ein Mann, der in den vorderen Reihen saß, ging auf den Vorsitzenden der USPD, zu, sprach mit ihm einige Worte, entfernte sich aus dem Saal und kehrte nach 10 Minuten mit einem Trupp von 40 Mann zurück. Diese Ruineendruckungen erklärten, daß Paul Levi nicht mehr reden dürfe. Der Anführer der Truppe sprang auf Podium und schrie auf Levi ein: „Du vielem hast du ja recht, reden darfst du aber nicht, und wenn die SPD, dabei zum Teufel geht.“ Die Eingedrungenen schlugen dann auf die widersprechenden Genossen mit Häuten ein und sprengten die Versammlung.

Hier ist der Beweis für die systematische Sprengung der USPD-Versammlung.

Wir haben diese Notiz gebracht, weil diese Sprengungen von der Berliner Leitung der USPD, planmäßig vorgenommen werden und zur Vergiftung der Auseinandersetzung in der Arbeiterschaft wesentlich beitragen. Ohne daß die Kommunisten sich dazu bequemen, wie anhängige Menschen zu diskutieren, wird eine Verständigung schwer möglich sein.

Klinik statt Gefängnis

Die Strafvollstreckung gegen den wegen des ersten Mordattentats gegen Erzberger s. Z. verurteilten Fährlich Ludwig von Hirschfeld beschäftigt noch immer die Gerichte. Auf Erlaß der Staatsanwaltschaft I wurde die Strafbast Hirschfelds vom 2. November 1921 unterbrochen, weil sich dieser in jener Zeit in der psychiatrischen Klinik in Freiburg und nicht in einem Gefängnis befand.

R.-A. Bahn hatte dann beantragt, nach großem Vorbild dem von Hirschfeld die gesamte Zeit, die er in der Strafbast zugebracht hatte, auf die noch zu verbüßende Strafe anzurechnen. Er begründete dies damit, daß die Internierung in einer Irrenanstalt gleichbedeutend mit Strafbast wäre, weil dem G. auch dadurch die Freiheit entzogen wäre. (1) Das Landgericht I hat sich auf den entgegen gesetzten Standpunkt gestellt und die in der Irrenanstalt verbrachte Zeit nicht angerechnet, da sich G. nach seiner Heilung unabhindert aus der Klinik habe entfernen können und dies auch am 15. April 1922 getan habe. Auch die Klage, daß nach der preussischen Allgemeinen Verfügung vom 20. März 1907 eine Mitteilung der Strafanterbrechung an den Bezirksamtsleiter selbst erfolgen müssen, treffe nicht zu, da in Baden, wozu Freiburg gehöre, diese Vorschrift nicht bestehe. Gegen diesen Beschluß hat R.-A. Bahn Beschwerde eingelegt. — Kurzeit verläßt v. Hirschfeld den Reiz seiner Strafe.

Zweierlei Leichentransporte auf der Eisenbahn.

Bekanntlich bestehen aus hygienischen Gründen ziemlich scharfe Bestimmungen für die Beförderung von Leichen durch die Eisenbahn. Die Leiche muß in einem luftdicht verschlossenen Metallkoffer liegen oder einem Holzkratze, der in einer ebenso verschlossenen metallenen Umhüllung steht. Außerdem ist die Beförderung nur mit dem sogenannten Leichenpaß zulässig. Diese gesundheitlichen Bestimmungen gehen aber in die Brüche bei der Beförderung von Leichen, die aus Krankenhäusern oder Strafanstalten kommen und für die Anatomie der Universitäten bestimmt sind. Hierbei genügt nach der Eisenbahnverkehrsordnung eine autverschlossene Holzkratze, die auch im offenen Wagen untergebracht werden darf. Der Holzkratze wird nicht ein Leichenpaß, sondern wie jedem anderen Stückgut ein Frachtbrief beigegeben. Zulässig ist es, die Leichenkiste mit anderen Stückgütern zu bepacken, jedoch sollen die Beförderungsbeamten dafür sorgen, daß die Leichenkisten nicht beschädigt werden. Die Pietät gegen den Armen oder Unbekannten, der verlassen in einer öffentlichen Anstalt endete, ist also Nebensache. Die gute Anstalt in der Anatomie bleibt die Hauptsache. Man darf wohl in der deutschen Republik eine baldige Abänderung dieser den toten Menschen wie ein Petroleumfaß behandelnden Bestimmungen erwarten.

Schöneberg-Friedenan, Meldungen für die Jugendweiche Herbst 1922 werden für Schöneberg beim Genossen Käthe, Feuerstr. 68, Hof 4 Tropfen, Wendt, Gothenstr. 13, Mariens, Eberstr. 39, für Friedenan bei Reitzthal, Wiesbaden Str. 4, entgegengenommen. Bei der Meldung sind 3 Mark Einschreibengebühr zu entrichten.

Genossinnen, die sich als Helferinnen bei der diesjährigen Ferienkolonne betätigen wollen, werden gebeten, sich umgehend beim Genossen Mariens, Eberstr. 39, zu melden.

Vollkonzerte. In der Woche vom 25.-30. Juni werden vom Philharmonischen Orchester nachstehende Volkskonzerte angeführt: Branerei Köpenick, Montag, den 26. Juni 1922, abends 8 Uhr; Branerei Friedrichshagen, Donnerstag, den 29. Juni 1922, abends 8 Uhr; Germania-Prachtstille, Freitag, den 30. Juni 1922, abends 8 Uhr. Der Vorverkauf zu den Volkskonzerten des Philharmonischen Orchesters findet statt: bei A. Wertheim, Leipziger Straße, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Einzelufer 15, im Zigarrengeschäft von Dorich und in den betreffenden Konzertsälen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Eintritt 5 M. Kasseneröffnung 7 Uhr. Programm 1 M.

Das neue Amt Dönhoff. Nach Ueberwindung sehr erheblicher technischer Schwierigkeiten wird das neue Amt Dönhoff nunmehr voraussichtlich am 10. Juli in Betrieb genommen werden können.

Das Märkische Museum verankert am 25. Juni, dem hundertsten Todestage G. F. A. Hoffmanns, eine kleine Ausstellung zum Gedächtnis des Dichters. Neben Handschriften seiner Werke und Originaldrucken findet man Briefe von und an Hoffmann, Bildnisse und andere Erinnerungen.

Betriebsfachschule in Berlin N. Anfang Juni haben die Stadtverordneten einer Vereinbarung mit dem Deutschen Auschuß für technisches Schulwesen zugestimmt, der zufolge die Stadtgemeinde eine Abteilung der städtischen Maschinenbauerschule (N. 65, Am Reppelin-Platz) in eine Betriebsfachschule umwandelt. Diese Betriebsfachschule soll zu einer Berufsschule ausgebaut werden. Der Deutsche Auschuß, der in längerer Beratungen die Lehrpläne ausgearbeitet hat, wird einen jährlichen Beitrag von 50 000 M. zur Verfügung stellen und für weitere Anschaffung der Sammlungen und Werkstätten und für Beschaffung von Lehrmitteln sorgen.

Die Erhöhung der Fernspreckgebühren, die zum 1. Juli in Kraft treten werden, beträgt für alle festen und allgemein gültigen Sätze der Fernspreckordnung 100 v. H., die an die Stelle des bisher nur 20 v. H. betragenden Zuschlages treten werden. Ausgenommen von dieser Erhöhung sind nach einer Bekanntmachung des Reichspostministeriums alle diejenigen Gebühren, die nur von Fall zu Fall einbezogen werden, also die Gebühren für Verlangungen, die Kosten für die Ausbesserung der Apparate. Ebenso bleiben auch die Bestimmungen über den einmaligen Fernspreckbeitrag unverändert und ohne die Erhöhung, die eigentlich doch auch da infolge der Geldentwertung eintreten müßte. Infolge der Erhöhung hat das Reichspostministerium eine außerordentliche Rindausnahmsfrist festgesetzt. Die Anschlußnehmer können ihre Anschlüsse oder auch die Nebeneinrichtungen an den Anschlüssen doppelte oder dreifache, deren Gebühren sich ebenfalls erhöhen, bis zum 25. Juni bereits zum 1. Juli bezw. 30. Juni kündigen, so daß durch die Erhöhung der Gebühren eine verfürzte Kündigungsfrist eintritt. Gleichfalls geändert wird auch die Art der Einziehung der Ortsgebühren, die jetzt nicht mehr vierteljährlich, sondern monatlich erfolgen soll.

Sonnenwende! / Von Arthur Krämer

Der längste Tag und die kürzeste Nacht sind gekommen. Schon in grauer Vorzeit haben unsere Ahnen diesen Tag als ein heiliges, heiliges Fest begangen. War doch für sie, die noch nicht die technischen Hilfsmittel, wie Lampen und Glas, hatten, um die Fenster zu schließen, der Winter mit Sturm und Kälte und Dunkelheit viel schwerer zu ertragen als heute für uns. Und so wurden an diesem Tage überall auf den Bergen Freudenfeuer entzündet, rollten brennende Räder in die Täler hinab und gaben weithin ein Zeichen davon, daß die Sonne den Sieg errungen hatte, daß die Zeit der Ernte und damit der Freude und Sorglosigkeit bald gekommen wäre. Freude und Tanz in der freien sonnigen Natur füllte den Tag aus, der als eines der höchsten Feste galt.

Aber auch hier hat es die christliche Kirche, wie überall, verstanden, sich diesen Tag der Freude, den sich damals die Neubekehrten nicht rauben lassen wollten, als Feiertag in ihren Kalender aufzunehmen. Die heiligen, den alten Vätern zu Ehren angezündeten Feuer wurden als christliche Johannisfeuer im ganzen Mittelalter, verknüpft mit heidnischen Gebräuchen, gefeiert.

Auch die proletarische Jugend wird ihre Sonnenwende feiern. Aber nicht nur Frohsinn und Freude soll der Inhalt unseres Festes sein. Wenn in der Nacht hell auf die Flammen lodern, wenn die Gesichter vom Schein der Flammen von Blut überglänzt erstrahlen, dann soll uns dieser Augenblick ein heiliger sein. Er soll uns begeistern zu neuen Kämpfen, soll uns aufrufen aufs Neue das Gelübde abzulegen, nicht zu rasten und zu ruhen, ehe unser Ziel erreicht ist, ehe nicht die kapitalistische Gesellschaftsordnung zerbrochen und an ihre Stelle der Sozialismus, die Freiheit und Gleichberechtigung aller Schaffenden gesetzt ist.

Wir wollen uns zusammensinden in dem Gedanken, das Werk, für das so viele unserer Besten dahingehen mußten, zu vollenden. Wir wollen uns die Hände reichen und angefeuert der lodernen Flammen in treuer Gemeinschaft neue Kräfte für den täglichen Kampf sammeln.

Der Tag der Sonnenwende soll uns erneut zusammenschließen in unseren Forderungen für den Schutz der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Gerade sie sind am schwersten ausgebeutet, sie müssen in harter Fron die schönsten Jahre ihres Lebens in den lärm-erfüllten Fabriksälen verbringen. Für wenige Groschen müssen sie dem Unternehmer fronen. Erneut wollen wir aufrufen zum Kampf für den Achtkundentag, den die Kapitalistenklasse glaubt, abschaffen zu können.

Die Sonnenwende soll uns eine Protestkundgebung sein gegen die Machenschaften der Nationalisten, die gerade in diesen Tagen ihre Deerschan abhalten, die Regimentstage feiern und die Jugend für den Militarismus zu gewinnen suchen. Sie soll uns aufrufen für den Kampf um die internationale Solidarität aller Völker, für die Einigkeit aller Arbeitenden! An diesem Tage wollen wir erneut unser Bekenntnis ablegen, daß wir nicht rasten und ruhen wollen, bis unsere Forderungen verwirklicht sind.

In der festen Gewissheit feiern wir unsere Sonnenwende, daß, wie die Flammen die dunkle Nacht erhellen werden, auch eines Tages das Leuchten einer neuen Zeit die Menschheit aufmerken läßt, daß der Tag kommen wird, der der Siegestag des Proletariats, der Siegestag des Sozialismus sein wird!

Bezirkskonferenz der Sozialistischen Proletarier-Jugend

Bezirk Berlin-Brandenburg

Am Sonntag, den 10. Juni, fand in Berlin die Bezirkskonferenz des Bezirkes Berlin-Brandenburg der S.P.J. statt. Vertreten waren 35 Gruppen durch 46 Delegierte. Im Geschäftsbericht konnte Genosse Krämer mitteilen, daß augenblicklich im Bezirk 46 Gruppen mit insgesamt 1710 Mitgliedern bestehen. Die verhältnismäßig geringe Zunahme ist auf die Gleichgültigkeit großer Kreise der Arbeiterklasse zurückzuführen. Auch unsere Jugend leidet unter dem Druck der so schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und sucht vielmehr in schlechten Vergnügungen Abwechslung von der harten Arbeit, als sich zu schlagkräftigen Organisationen zusammenzuschließen. Andererseits hat die Teuerung, Erhöhung des Jahrgeldes eine Agitation in der Provinz fast unmöglich gemacht. Wir haben in diesem Berichtsjahre uns mehr auf die Agitation, den Aufbau legen müssen, als für eine gute Durchbildung unserer Mitglieder und Funktionäre zu sorgen. Zeit, Geld und die geeigneten Referenten fehlten. Das Verfaulnis muß unbedingt nachgeholt werden. Durch Elternabende, Schulentlassungsfeiern usw. waren wir bemüht, auch den Eltern den Wert und die Arbeit in unserer Organisation vor Augen zu führen. Wir haben uns an sämtlichen Demonstrationen der Arbeiterklasse beteiligt. Ueber das Zusammenarbeiten mit der Partei sind im letzten Berichtsjahre erfreulicherweise keine Klagen gekommen. Wir haben uns auch bemüht, im Ortsausschuß mit den Gewerkschaften und der A.J. im

Interesse des Jungproletariats gemeinsame Arbeit zu leisten. Leider ist diese vielfach durch das Verhalten der A.J. nicht möglich gewesen. Unsere Genossen müssen in den gewerkschaftlichen Jugendsektionen mitarbeiten, um auch hier im entschiedenen sozialistischen Sinne zu wirken. Nach Erstattung des Expeditions- und Kassenerichtes wurden in der Diskussion Anregungen für die zukünftige Arbeit gegeben und den Gruppen eine pünktliche Abrechnung zur Pflicht gemacht.

Ueber die Frage der Kindergruppen referierte Genosse Kaufmann. Er empfahl die Mitarbeit der Jugend in den schon bestehenden Kindergruppen, soweit es ihre Kräfte gestatten. Die Kindergruppen sollen keine parteipolitische Einrichtungen sein, sondern Sammelpunkte aller im sozialistischen Geiste zu erziehenden Kinder. Die Väter müssen unbedingt verstehen, sich die Liebe und Achtung der Kinder und das Vertrauen der Eltern zu erwerben. In der Aussprache teilten unsere in der Kindergruppenarbeit stehenden Genossen ihre Erfahrungen mit.

Genosse Marcuse sprach über die Zusammenarbeit der Jugendorganisationen. Die wirtschaftliche Lage und das Ausreten der Reaktion fordert unbedingt den Zusammenhalt der Arbeiterklasse als auch der Jugendorganisationen. Die Differenzen zwischen den einzelnen Organisationen haben sich etwas ausgeglichen. Wir müssen auf jeden Fall versuchen, sowohl mit der Arbeiterjugend als auch mit den Kommunisten gemeinsame Arbeit zu verrichten. Leider hat die Arbeit in der Praxis verschiedene Schwierigkeiten erfahren. So hat sich ein geschlossenes Wirken im Ortsausschuß der Arbeiterjugendorganisationen durch das Verhalten der A.J. nicht ermöglichen lassen. Mit der Vereinigung der politischen Parteien wird auch die Einigung der Jugendorganisationen möglich sein. Wir müssen schon jetzt alle Schritte unternehmen, die dies zur Tat werden lassen. Genosse Schröder, Vertreter der Reichszentrale, ging auf die Schwierigkeiten ein, die sich bei der Veranstaltung der gemeinsamen Sonnenwendfeier in Berlin erwiesen hatten und forderte zu einer gemeinsamen Feier auf. Nach längerer Diskussion wurde die Beteiligung daran mit großer Majorität infolge des provokatorischen Verhaltens der A.J., die Roske als Redner vorgeschlagen hatte, abgelehnt.

Wegen der durch die stetig steigende Teuerung eingetretenen schwierigen Verhältnisse wurde von der Ansetzung eines Sekretärs zurzeit Abstand genommen.

Gewählt wurden als Vorsitzende Genosse Richter, S.P.J., Krämer-Neufuß, als Kassierer Zachow-D., als Expeditur Köhring-Baumshuldenweg, als Schriftführerin Genossin Krause-M., und Gen. Lehmann-Moabit, als Beisitzer die Genossen Lange-Neufuß, Göbe-D. und die Genossin Vutter-Wellen, zu Revisoren die Genossen Hummel-Berlin-Mitte, Mendelsohn-B. und Genossin Mix-D.

Nach Besetzung des Vertrages und Annahme eines Antrages auf Eintritt in den Verband der Deutschen Jugendherbergen schloß Genosse Krämer die Konferenz mit der Aufforderung, durch tatkräftige Arbeit die S.P.J. und den Sozialismus zu fördern. Mit dem Gelang der Internationale fand die Konferenz ihren Abschluß.

An die arbeitende Jugend aller Länder!

Namenloses Elend haben die vereinigten Nationalisten, Militaristen und Imperialisten aller Länder durch den Weltkrieg der arbeitenden Menschheit bereitet. Vermehrt und grenzenlos gesteigert werden die Leiden der arbeitenden Klasse durch eine schamlose Ausbeutung dieser Notlage durch die kapitalistischen Machthaber.

Unter diesen Umständen leidet die arbeitende Jugend am schwersten. Ihre schwachen Kräfte sind schuklos der Ausbeutung preisgegeben. Zum Protest gegen diese Ausbeutung rufen wir die gesamte arbeitende Jugend aller Länder auf, den Internationalen Jugendtag am 24. und 25. Juni zu maßvollen Kundgebungen auszuhalten.

Gerade zur Zeit der Sommer Sonnenwende, die die Nationalisten in manchen Ländern zum Anlaß nehmen, für ihre verhängnisvollen, völkerverhetzenden Ziele zu demonstrieren, muß des weiteren der Ruf des völkerverwundenden Sozialismus weithin erschallen.

Damit wird die Kundgebung auch zu einem flammenden Protest gegen den völkerverderbenden Militarismus.

In der Erkenntnis, daß unter der kapitalistischen Wirtschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht, ihre Forderungen nicht erfüllt werden können, bekennst sich die proletarische Jugend an diesem Tage erneut zum internationalen Klassenkampf gegen die Ausbeutung und erhebt ihre Forderungen: Mehr Recht! Ausreichenden Schutz für die arbeitende Jugend! Völkerrfrieden!

Jugendgenossen und Genossinnen! Zeigt durch Massenbeteiligung Euren entschlossenen Willen, mit uns für diese Forderungen zu kämpfen! Hoch die internationale Solidarität der arbeitenden Jugend!

Arbeiter-Jugend-Internationale.
Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen.

Einigung des Jungproletariats!

A. K. Viel ist bisher über die Einigung der Jugendorganisationen geredet und geschrieben worden und immer stärker wird der Wille zur Einigung in der Jugend selbst. Von diesem Gedanken ausgehend, haben die Arbeiterjugend-Internationale und die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen eine gemeinsame Feier der Sonnenwende ihren angeschlossenen Organisationen empfohlen. Hier sollte nach langer Zeit nach den Jahren der Spaltung und Zerrissenheit zum ersten Male eine gemeinsame Feier der sozialistischen Jugendorganisationen stattfinden, bei der das gemeinsame Ziel: Mehr Recht! Ausreichender Schutz für die arbeitende Jugend! Völkerrfrieden! das einigende Band für diese Demonstration werden sollte.

Auch für Berlin war diese gemeinsame Feier in den Gosenen Bergen vom Ortsausschuß der Arbeiterjugend-Organisationen geplant. Es ist das „Verdienst“ der Arbeiterjugend, daß wiederum die Organisationen getrennt diesen Tag begehen. Zur Klarlegung sei hier der Sachverhalt dargestellt:

Bei der ersten Veranstaltung des Ortsausschusses, der Demonstration gegen die 54stündige Arbeitswoche am 1. März, wurde der Reichstagsabgeordnete Schred, Mitglied der S. P. D., zum Redner bestimmt und die Versammlungsleitung, dem Genossen Ollenhauer von der A.J., übertragen. Zu der nächsten Veranstaltung des Ortsausschusses sollte unsere Sozialistische Proletarier-Jugend berechtigt sein, den Redner zu stellen. In späteren Sitzungen wurde ihr dieses Recht von der Arbeiterjugend durchaus zugesprochen. Erst in dem Augenblick erhob man Einspruch und verlangte einen zweiten rechtssozial. Redner, als unsere Genossen im Ortsausschuß den Genossen Crispian als Redner für die Sonnenwende nannten.

Einzig und allein die Tatsache, daß er der Vorsitzende der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ist, bestimmte die Arbeiterjugend aus Prestigerücksichten, Einspruch zu erheben und einen zweiten Redner von ihrer Seite zu verlangen.

Im Interesse des Stattfindens einer gemeinsamen Feier haben wir nicht auf die Durchführung der früher gefassten Beschlüsse bestanden, sondern der Arbeiterjugend das Recht eingeräumt, ihrerseits einen zweiten Redner zu stellen. Wie wenig es aber der Arbeiterjugend damit einig war, daß diese Feier gemeinschaftlich stattfinden, zeigt der Vorschlag, den sie brachte. „Roske, Gustav Roske, gewisser Reichswehrminister“, sollte die arbeitende Jugend Berlins zur Sonnenwende für den Kampf für den Völkerrfrieden und gegen den Militarismus begeistern.

Es war selbstverständlich, daß die Gewerkschaften, wie auch unsere Vertreter diese unerhörte Provokation, denn nur als solche ist der Vorschlag zu betrachten, ablehnten. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, sofort von der Veranstaltung der Sonnenwende abzusehen, falls es der Arbeiterjugend mit dem Vorschlag Roske ernst wäre. In längeren Beratungen behandelte die Arbeiterjugend auf dem Recht, jeden Redner, der ihr paßt, also auch Roske, zu nennen, falls die Proletarier-Jugend nicht Crispian zurückzöge. Mit dem Einigungsvorschlag der Gewerkschaften, daß nunmehr keine der politischen Jugendorganisationen, sondern die Gewerkschaften einen Redner stellen sollten, gingen die Delegierten zur Berichterstattung in ihre Organisationen zurück. Die S.P.J. nahm Stellung zu diesem höchst eigentümlichen Verhalten der Arbeiterjugend. Datten wir im ersten Punkte nachgegeben und der Arbeiterjugend den zweiten Redner zugesprochen, so war es uns doch unmöglich, nunmehr ganz und gar dieses verwerfliche Treiben der Arbeiterjugend durch Nachgiebigkeit zu unterstützen. Die Arbeiterjugend wurde telefonisch davon in Kenntnis gesetzt, daß wir auf Crispian als Redner bestehen müssen, ihr jedoch völlige Freiheit in der Auswahl ihres Redners zugesprochen, nur konnte es unmöglicherweise Roske sein. Wir waren um so mehr zur Ablehnung des Besten verpflichtet, als nicht nur das Ausdrucksgefühl es jedem ehrlichen Sozialisten verbietet, mit einem Roske als Redner einverstanden zu sein, sondern weil wir außerdem befürchten mußten, daß es unbedingt zu durchaus berechtigten Zwischenfällen gekommen wäre, die nicht im Interesse einer gemeinsamen Feier liegen. Die Antwort des Sekretärs der A.J., Gen. Rüdiger, verdient festgehalten zu werden: „Wenn wir noch nicht Roske festgemacht hätten, so würden wir es jetzt gerade tun.“ Auf den Einwand unseres Genossen, daß doch sicherlich auch die Mitglieder der Arbeiterjugend nicht mit einem Roske zufrieden wären, betraf sich Rüdiger darauf, daß sich seine Mitglieder immer fügen und es um diejenigen, die sich nicht fügen und eventuell die A.J. verlassen würden, nicht schade wäre.

Wir stellen nunmehr die Frage an die Mitglieder der A.J.: „Seid ihr mit dieser Taktik eurer Vertreter einverstanden, die für die Einigung arbeiten wollen und einen Roske als Redner zur Sonnenwende vorschlagen?“

Hat Rüdiger damit Recht, daß ihr euch auch derartigen Beschlüssen fügen?
Wollt ihr die Einigung des Jungproletariats?“

Jugend heraus!

Jugendgenossinnen! Jugendgenossen!
Heute, Sonnabend, den 24. Juni 1922 in Fichelsberge;
Sonnenwendfeier
der Sozialistischen Proletarier-Jugend

Musik, Gesang, Rezitationen, Festrede Genosse Crispian.

Beginn der Feier nachts 12 Uhr.

Parteigenossen! Besucht die Feier der Jugend!